H 20079

Lebensschutz-Informationen
LSI



Stimme des Gewissens

Herausgeber: COLLEGIUM HUMANUM Akademie für Umwelt und Lebensschutz e.V. (vormals WSL-D)

35. Jahrgang Nr. 5 September / Oktober 2004

Wann wir schreiten Seit' an Seit'
und die alten Lieder singen
und die Wälder widerklingen,
fühlen wir, es muß gelingen:
Mit uns zieht die neue Zeit!

Hermann Claudius

Ehre, Treue, Wahrhaftigkeit

Rede in Wunsiedel am 21.8.2004 von Ursula Haverbeck

Liebe Landsleute, alte und junge!
Frauen und Männer!

„Es gibt eine große Sache in der Welt, die im Sterben liegt: Die Wahrheit".

Diesen Satz von Ortega y Gasset schrieb Ilse Hess am 4. Oktober 1977 als Widmung in ihr Buch „Ein Schicksal in Briefen", das sie Werner Haverbeck und mir zum Abschluß langer Gespräche überreichte.

„Es gibt eine große Sache in der Welt, die im Sterben liegt: Die Wahrheit"!? Nein, liebe Freunde, diese große Sache liegt nicht im Sterben, sie befindet sich in der Krisis, das heißt in der Entscheidung, im Wendepunkt. Der tiefste Punkt ist durchschritten, jetzt kann es nur noch bergauf gehen.

Das bezeugen die hier in so großer Zahl Versammelten überdeutlich: Die Krisis war zum Tode nicht, sie führt in die Auferstehung!

Schaut Euch um, wer wollte angesichts der vielen Menschen hier noch zweifeln, und ich schließe die Polizei ausdrücklich mit ein.

Warum sind wir aus ganz Deutschland, aus Nord und Süd, aus Ost und West hier zusammengekommen? Zusammengekommen im Gedenken an den Tod eines Mannes, der die Hälfte seines langen Lebens, 46 Jahre, gegen alles Recht im Gefängnis verbrachte?

Selbst in seinem dreiundneunzigsten Lebensjahr wurde er weder entlassen noch durfte er eines natürlichen Todes sterben. Er wurde in seiner Gefängniszelle ermordet – von seinen Gefängniswärtern. Seine Wächter, die Siegermächte, welche Angst müssen sie noch vor diesem greisen Mann gehabt haben?

Wir wissen warum, und gerade deswegen sind wir hier. Wir wollen es laut und deutlich sagen: Rudolf Hess wollte den Frieden, wie sein Führer. Rudolf Hess war eine LAUTERE Persönlichkeit. Er wurde nicht unbegründet das Gewissen der Partei genannt.

Für ihn waren Ehre, Treue und Wahrhaftigkeit keine leeren Worte. Sie waren Teil seines Charakters.

Das aber paßt nicht zum Bild des bösen, kriegslüsternen, menschenmordenden Deutschen, wie von den Feindmächten gezeichnet, und wie es selbst schon unserer Kinder Seelen vergiftet.

Liebe Landsleute, nicht die Wahrheit, nein, die Lüge liegt im Sterben! Und wir werden ihr den Todesstoß versetzen.

Wir alle vereint, und morgen sind es Tausende mehr!

Denn es geht um die Ehre Deutschlands, für die wir aufstehen. Es geht um die Treue zu unserem Land, um die Wahrheit, für die wir hier am Grabe des Mannes einzutreten gewillt sind, für den sie Inhalt seines Lebens waren.

Was dachte dieser Rudolf Hess selber über die Ehre?

In dem Brief an Ilse Hess vom 4. Juni 1947, als er erfahren hatte, daß nun auch seine Frau verhaftet worden sei, heißt es: „Aber sagen möchte ich Dir, was ich seit Jahren für eine Auffassung von der persönlichen Ehre habe: Die Ehre eines Menschen ist durch Handlungen oder Äußerungen eines anderen nicht zu verletzten. Wer dies versucht, verletzt seine eigene Ehre. Nur durch unehrenhaftes Verhalten des Trägers der Ehre selbst kann sie Schaden leiden."

Darum, so ergänze ich, wer einen Friedensparlamentär 46 Jahre lang einsperrt, um ihn dann noch zu ermorden, der hat nicht nur Schaden an seiner Ehre genommen, er ist ehrlos geworden, und so haben das viele Engländer auch selber empfunden, das sei nicht verschwiegen.

Das gilt aber auch für diejenigen Deutschen, die diese Schande für eine zivilisierte Menschheit schweigend hinnehmen oder gar noch zu rechtfertigen suchen.

Die hier Versammelten und all diejenigen, die gute Gedanken heute nach Wunsiedel senden, schweigen um Deutschlands und um ihrer eigenen Ehre willen nicht, und sie rufen den anderen zu:

Erwacht und steht auf!

1966, zum Zeitpunkt der Entlassung von Speer und Schirach, schreibt Hess an seine Frau aus der Sorge, daß sie verständlicherweise, aber für ihn unannehmbar, ein Gnadengesuch eingereicht haben könnte: „Wie auf Bestellung las ich letzter Tage: Der Freiherr von Stein wurde durch Napoleon geächtet und aus Preußen verbannt. Vom Asyl in Böhmen aus richtete seine Frau ein Gnadengesuch an Napoleon. Die Geschichtsforschung hat nachgewiesen, daß Stein seine Frau dazu veranlaßte, ja es ihr diktierte. Den Historikern ist dies unbegreiflich, und sie bedauern tief den Flecken auf dem Bild des großen Mannes."

Und Hess fragt seine Frau: „Wollt Ihr aber, daß auch ich mit einem Flecken auf meinem Charakterbild einst in die Geschichte eingehe? Nein, das wollt ihr nicht! Und so begreift: Meine Ehre steht mir höher als die Freiheit!"

Dieser Maxime blieb Rudolf Hess sein Leben lang treu, wie auch Frau und Mann sich durch diese schwersten Prüfungen hindurch unverbrüchlich die Treue hielten.

Hier ist das Wort von Ernst Moritz Arndt verkörpert:

Dieses Lied von Max von Schenkendorf (1783 – 1817) wurde vor dem Aufbruch zum Trauermarsch gemeinsam gesungen.

Wenn alle untreu werden,
So bleiben wir doch treu,
Daß immer noch auf Erden
Für Euch ein Fähnlein sei.
Gefährten unsrer Jugend,
Ihr Bilder bessrer Zeit,
Die uns zu Männertugend
Und Liebestod geweiht.

Wollt nimmer von uns weichen,
Uns immer nahe sein,
Treu wie die deutschen Eichen,
Wie Mond und Sonnenschein!
Einst wird es wieder helle
In aller Brüder Sinn,
sie kehren zu der Quelle
In Lieb und Treue hin.

Ihr Sterne seid uns Zeugen,
Die ruhig niederschaun,
Wenn alle Brüder schweigen
Und falschen Götzen traun.
Wir wolln das Wort nicht brechen,
Nicht Buben werden gleich,
Wolln predigen und sprechen
Vom heilgen deutschen Reich.

Beilagen hinweis: Dieser Ausgabe liegt ein Faltblatt der Reichsbürger bei. Es ergänzt den neuen Hitlerfilm. Zu diesem sagten kommentierende Historiker, daß ihnen „die Nachfolgebereitschaft der Deutschen von 1933 - 45 ein Rätsel" bliebe. Hier findet sich des Rätsels Lösung.

AUS DEM INHALT Seite

Bericht aus Wunsiedel ... 3
Wer trägt die Verantwortung (Der Heß-Flug) ... 4
Neues zum Heß-Flug (STERN und FAZ) ... 5
Der „Eherne Gang der Geschichte" ... 7
Strahlungswaffen ... 12
Europa 2025 ... 13
Wo bleiben die Bedürfnisse der Kinder? ... 14
Buchbesprechungen ... 16
Deutschland hassen!? ... 17
Bush und der 11.9. ... 18
Seminarankündigungen ... 19

„Die Treue steht zuerst, zuletzt,
am Himmel, wie auf Erden.
Wer ganz die Seele dreingesetzt,
dem soll die Krone werden."

In welch ungeheure Verirrungen sind gerade in dieser Hinsicht heute die Menschen verstrickt. Man nennt es „Selbstverwirklichung", doch es sind die Stricke des Feindes, die uns fesseln. Hier gilt erst recht:

Erwachet! Ändert Euren Sinn!

Am Leben und Schicksal des „Stellvertreters des Führers" wird die Lüge zerplatzen wie eine Seifenblase!

Wenn wir nur unbeirrt der Wahrheit die Ehre geben, wie es der Herr von Zelle 7 tat. Für ihn war schon eine kleine Notlüge unerträglich, wie es Werner Haverbeck erlebte. Sie belastete Hess, er entschuldigte sich nachdrücklich bei dem jungen Studenten dafür. Und wie klein war diese Notlüge, die er aus staatspolitischen Gründen sich genötigt sah auszusprechen, gegenüber den heute auf unserem Volk lastenden wirklich großen, infamen Lügen.

Doch damit ist jetzt Schluß! Schauen wir uns hier um, dann kann gesagt werden: Deutschland steht auf, und morgen heißt es: Deutschland ist wiederauferstanden.

Einen Mann kann man sein Leben lang einsperren, wie die Feinde das jetzt, 59 Jahe nach Kriegsende, noch mit Erich Priebke tun, jedoch nicht Tausende und schon gar nicht Hunderttausende, geschweige denn ein ganzes Volk.

Rudolf Hess ist einer der würdigsten Repräsentanten des Deutschen Reiches. Wie er selber, so lebt dies Reich weiter im Bewußtsein der Reichsbürger. Sie sehen als Ziel und Aufgabe eine verfassunggebende deutsche Volksversammlung, damit das Deutsche Reich wieder seine Hoheitsrechte erlange, wieder handlungsfähig wird.

Denn, liebe Landsleute:

„Nichts kann uns rauben, Liebe und Glauben zu unserm Land.

Es zu erhalten, und zu gestalten sind wir gesandt."

Wir, nicht Fremde, und schon gar nicht unsere Feinde. Jeder, der bewußt Deutscher sein will, ist aufgerufen.

Und:

„Mögen wir sterben, unseren Erben gilt dann die Pflicht:

Es zu erhalten, und zu gestalten: DEUTSCHLAND STIRBT NICHT!"

Armes Deutschland – Deutsche werdet wach

Ein Beitrag von K.-H. Steffens, Wunstorf-Liethe zum Gedenken von Rudolf Heß in Wunsiedel am 21.8.2004

Ich war diesmal dabei. Mit dem Reisebus nach etwa 7 Stunden angekommen, bot sich mir in 2 km vor der Kreisstadt Wunsiedel ein Bild wie ehemals an der deutsch-deutschen Grenze, nur ohne Stahlgitter. Eine PKW- und Reisebusschlange hatten wir vor uns. Alle Grenzen rund um mein Vaterland werden aufgemacht, Motto: Je-karei; aber hier, mitten in Deutschland, wird für einen Tag der „Ausnahmezustand" von Herrn Beckstein und Co. demonstriert. Nach etwa einer Stunde Wartezeit genaueste Leibes- und Fahrzeuguntersuchung durch ein starkes Aufgebot von bayerischer Bereitschaftspolizei. Nach der Leibes- und Taschenvisitation mußte jeder über die Straße und den Graben in ein abgestecktes Wiesengelände zum Warten, bis auch der letzte „untersucht" war, dann der Bus innen und außen. Erst dann durften wir einsteigen und weiterfahren. Solche Kontrollen hat es noch nicht mal zu Zeiten der DDR gegeben. In dem Moment fragt man sich: Ist das überhaupt Deutschland?

Am Marktplatz Wunsiedel angekommen, sieht man drei Fahnenmasten, die von den Stadtgewaltigen mit Bannern (neu) behängt sind, worauf zu lesen ist: Wunsiedel ist bunt, nicht braun. Geht durch diese bayerische Stadt auch schon ein „Linksruck"? Dabei ist diese Stadt ein schönes „Fleckchen Bayern". Aber heute, wohin man sieht, Polizei überall, zu Fuß, per Krad und PKW, auch in der Luft immer ein Hubschrauber. Nach meinen Schätzungen etwa 2.500 – 2.800 „Schützer".

Bei den Ansprachen (ab 14 Uhr) wurde es deutlich, es kocht in fast ganz Europa. Abordnungen aus acht Ländern waren dabei. Und sie wollten alle dem Märtyrer und Friedensstifter Rudolf Heß gedenken und ihm Ehre erweisen. Und das bei zeitweise starken Regenschauern, was die Teilnehmer aber nicht aufgeweicht hat.

Er, Heß, war der Strafgefangene der Siegermächte und mußte, um ihn mundtot zu machen, noch in der Haft erdrosselt – ermordet – werden. Welch eine panische Angst muß zumindestens bei den Briten vorhanden gewesen sein. Er hätte wahrscheinlich in Freiheit noch „auspacken" können.

Nach dem reinigenden Gewitter, „Odin" hatte sich auch ein paarmal lautstark gemeldet, war wieder Sonnenschein bei der Aufstellung für den Trauermarsch zu Ehren von Rudolf Heß. Es dauerte einige Zeit, ehe sich alle Teilnehmer formiert hatten. Nach meinen Berechnungen etwa 7.000 – 7.500 Teilnehmer. Laut Zeitungsberichten waren es angeblich nur 4.000. Aber wir haben in unserer OMF-BRD keine Zensur, sondern laut GG „Meinungs- und Pressefreiheit". Ich finde das nicht nur lächerlich, sondern beschämend. Auch finde ich es absurd, daß die „Ordnungskräfte" vor oder während des Marsches nicht früh genug in der Lage waren, die „Linkstrupps" (etwa 200 – 250) von Fischer, Trittin und Ströbele abzutrennen von der Straße. Dann waren da noch die etwa 250 Spruchbänder und Plakate über der Straße mit den Antifa-Sprüchen. Oder gehörte es vielleicht zur Strategie des Innenministers? Am Montag sprach ich zufällig mit einem befreundeten Polizisten.

Es klingt etwas makaber, aber er sagte: Eigentlich könnte man dies auch anders lösen. Einen Raubtierkäfig aufstellen und immer 50 von jeder Gesinnungsseite einsperren, kämpfen lassen (ohne Hilfsmittel). Nach 15 – 20 Min. deren Reste einsammeln, abtransportieren und die nächsten zwei „Gladiatoren"-Trupps reinlassen. Da könnte man wie im Zirkus sogar gute Eintrittsgelder kassieren und diese einem sozialen Zweck zuführen.

Aber nein, ich bin gegen Gewalt, denn Gewalt erzeugt Haß, und Haß können wir uns gar nicht leisten.

Während des Marsches konnte man zum Teil in den Gesichtern der Bürger eine Zustimmung für unsere Sache erkennen. Müde und abgespannt, jedoch um einige Erfahrungen reicher war ich dann nach über 21 Stunden wieder zu Hause.

Noch eines zum Schluß: Mein Reichs-Verstand sagt mir, daß das, was am 21.8. von Seiten der Polizei auf Anordnung des Innenministeriums vorgetragen wurde, mein Deutschland, mein Vaterland nicht sein kann und darf. Und aus diesen und anderen Gründen werde ich für meine Enkel für Gerechtigkeit kämpfen, so wahr mir Gott helfe!

Mit reichstreuen Grüßen
K.-H. Steffens

Wer trägt die Verantwortung?

Britischer Historiker entlarvt Churchill im deutschen Fernsehen (n-tv, Dezember 2003)

Vor 55 Jahren brach der Zweite Weltkrieg aus. Zunächst von alliierter Seite, dann, nach dem verlorenen Krieg, wurde die Behauptung, Deutschland sei der Allein- und Hauptschuldige am Ausbruch des Krieges von 1939 und an der Ausweitung zum Zweiten Weltkrieg 1941 zum Glaubensbekenntnis der Nachkriegsordnung.

Diese zunächst von den Siegern festgestellte Tatsache wurde von den Besiegten nach 1945 begierig übernommen und der Tübinger Politologe Theodor Eschenburg, selbst einmal Mitglied von Himmlers SS, postulierte nach der Gründung der Bundesrepublik: „Wer die Alleinschuld Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bezweifelt, rüttelt an den Fundamenten der Bundesrepublik". So wurde die Alleinschuld der Deutschen zum Dogma erhoben. Bereits in den 50er und 60er Jahren hat es zahlreiche und erfolgreiche Versuche gegeben, die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges zu entmoralisieren und nach den tatsächlichen Ursachen des Krieges zu fragen. Gerade in jüngster Zeit sind wieder von deutschen Historikern und Forschern einige Werke erschienen, die diese Problematik neu zu gewichten und zu interpretieren versuchen.

Jüngst, aber unmittelbar vor der stilleren Weihnachtswoche von den Etablierten beinahe unbemerkt, strahlte der Sender n-tv am 17. und 20. Dezember eine Dokumentation mit dem inzwischen weit bekannten britischen Historiker Martin Allen aus. Im Mittelpunkt dieser Dokumentation stand ein Interview mit dem Verfasser zeitgeschichtlicher Werke, die inzwischen in mehr als zehn Sprachen übersetzt wurden, in dem Allen zu seinem jüngsten Werk „Churchills Friedensfalle – Das Geheimnis des Heß-Fluges 1941" befragt wurde. Im Zentrum dieser ebenso fairen wie offen geführten Gespräches stand die Frage nach den Verantwortlichen für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Anhand erstmals gezeigter britischer Geheimdokumente konnte Allen die deutsche Reichsregierung entscheidend entlasten. Er bewies, daß Hitler direkt oder über Mittelsmänner zwischen dem 1. September 1939 und dem Beginn des Unternehmens Barbarossa mehr als vierzig Friedensinitiativen gestartet hatte, von denen die spektakulärste der Heß-Flug im Mai 1941 war. Hitler und Heß wollten wissen, ob es die sogenannte Friedenspartei in Großbritannien tatsächlich gab und ob man mit ihnen verhandeln konnte. Tatsächlich war diese lediglich ein Luftballon des britischen Geheimdienstes, um die deutsche Seite hinzuhalten und Hitler in die unendlichen Weiten Rußlands weg vom Nahen und Mittleren Osten zu lokken. Die Britten, in Sachen Geheimdienste erfahrener und erfolgreicher als die Deutschen, hatten Erfolg. Die Seifenblase platzte, als Heß in der Nähe des Landsitzes des Herzogs von Hamilton landen wollte. Heß nahm sein Hitler gegebenes Versprechen der Geheimhaltung mit ins Grab. Daß Hitler versuchte, Heß aus England nach seiner gescheiterten Friedensmission zu befreien, gehört ebenfalls zu den Sensationen, die Martin Allen einer erstaunten Öffentlichkeit mitteilen konnte. Der Sender n-tv zeigte aber mit kriminalistischer Raffinesse und einem Spürsinn für Dramatik, was Heß und die Reichsregierung wirklich wollten. Erstmals wurden einer Zuschauerschaft von mehr als 200.000 Personen Dokumente präsentiert, die den deutschen Friedenswillen dramatisch unterstrichen und Churchills Kriegslust enthüllten. Besonders bemerkenswert ist, daß britische Kollegen nicht etwa Allens Thesen konterkarierten, sondern daß u. a. der Nestor der britischen Zeitgeschichtsforschung nachdrücklich die Verdienste seines jungen Kollegen Martin Allen unterstrich. Zweifellos ist es dem englischen Wissenschaftler mit seinen beiden Büchern „Lieber Herr Hitler" und „Churchills Friedensfalle" gelungen, sich in die vorderste Front der britischen, ja europäischen Forscher zu schreiben. In dieser Dokumentation wurde deutlich, daß Allen im Gegensatz zu den meisten seiner deutschen Kollegen nicht aus bereits erschienenen Büchern abschreibt oder uminterpretiert, sondern Quellen- und Aktenstudium betreibt. Außerdem ist er ausgerechnet als Brite nicht von den antideutschen Ressentiments seiner deutschen Kollegen besessen.

So überrascht es auch nicht, daß im Vorfeld dieser sensationellen Fernsehdokumentation zahlreiche deutsche Historiker, die um eine Stellungnahme gebeten worden

waren, weder etwas von der englischen Ausgabe dieses Buches, geschweige denn vom Erscheinen der deutschen Übersetzung wußten. Im Elfenbeinturm verordneter alliierter Geschichtsschreibung verkrochen, sind sie weder in der Lage noch haben sie ausreichend Zivilcourage, sich mit den von dem Briten vorgetragenen und veröffentlichten Auffassung auseinanderzusetzen. Während Martin Allen am Samstagabend über die wahren Schuldigen des Zweiten Weltkrieges sprach und ein für Deutschland entlastendes Dokument nach dem anderen vorlegte, fabulierte im Nachbarsender PHOENIX ein Historiker darüber, daß die deutschen Soldaten deswegen begeistert gegen die Sowjetunion 1941 angetreten seien, weil sie sich ein Ferienhaus auf der Krim erhofften.

Hier werden unterschiedliche Welten vom Ethos der Geschichtsschreibung und der Suche nach der Wahrheit sichtbar. Es ist fraglos sensationell, daß Allen in n-tv seine Thesen und Dokumente ungehindert und ohne ständiges Unterbrechen und Ausblenden vorlegen konnte. Der sattsam bekannte Guido Knopp könnte sich von der ebenso konzentrierten wie ideologisch unbelasteten Vorgehensweise der n-tv-Produzenten mehr als nur eine Scheibe abschneiden. Knopp sieht im Vergleich zu Allen verdammt alt aus und seine im ZDF vorgetragenen Sprechblasen werden Allen nur ein müdes Lächeln abgewinnen.

Das wirklich Entscheidende an diesen sonst düsteren Fernseh-Dezembertagen ist, daß zum ersten Mal seit Bestehen dieses Mediums anderes als die von den Siegern von 1945 vorgefertigten Meinung vorgestellt und damit erstmals eine Debatte zu einer Schlüsselfrage der Geschichte des 20. Jahrhunderts eröffnet werden kann. Allen hat den Eröffnungszug im Schach der Zeitgeschichte gemacht: jetzt liegt es an den bestallten deutschen Historikern, den Argumenten und Beweisen Allens zu widersprechen oder zuzustimmen.

Allen hat mit seinen beiden Werken eine Lawine ins Rollen gebracht. Vermutlich hat sein britischer Kollege Peter Padfield recht, wenn er nach der Lektüre von „Churchills Friedensfalle" feststellte: „Jetzt muß die Geschichte des Zweiten Weltkrieges neu geschrieben werden."

Rüdiger Gerhard

(entnommen aus „Deutsche Geschichte", Nr. 69)

Eine Videokassette über den Film ist zu beziehen bei: Dr. Olaf Rose, Alter Zoll 37d, 44867 Bochum

<u>So sieht es in den öffentlichen Medien aus:</u>

Rechter Beitrag

Einen rechtslastigen Film über den Englandflug von Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß im Jahre 1941 hat der Fernsehkanal n-tv in der vorletzten Woche mehrfach ausgestrahlt. Der damalige britische Premier Winston Churchill sei schuld, so die These, daß der Zweite Weltkrieg nicht schon 1941 beendet wurde, weil er auf ein angebliches Friedensangebot von Heß nicht eingegangen sei. Über Hitlers Eroberungs- und Vernichtungskrieg in Osteuropa verloren die Autoren (unter ihnen der Herner Stadtarchivar Olaf Rose, der wegen seiner Kontakte zur rechtsextremen Szene gefeuert wurde) kein Wort.

Der Film sei wissenschaftlich geprüft und basiere auf „neuen Dokumenten", verteidigte n-tv-Chefredakteur Markus Föderl den Beitrag. Bei den neuen Dokumenten handelt es sich um das Buch „Churchills Friedensfalle" des Briten Martin Allen – ein gern gesehener Interviewpartner der „National-Zeitung". Sein Buch ist im rechtsextremen Druffel-Verlag erschienen.

(STERN, 35/2004)

Neues zum Heß-Flug

Am 10. Mai 1941 endete die „Mssrs HHHH-Operation"

Als der Fisch endlich an der Angel hing, kamen Hugh Dalton Zweifel. „Was Churchill nun vorgeschlagen hat", so schrieb er am 28. Februar 1941 an Außenminister Anthony Eden, „ist eine wirklich entsetzliche Sache, und ich bin mir sicher, daß es mein Gewissen nicht erlaubt, mich daran zu beteiligen. Ich habe immer auf dem Standpunkt gestanden, daß in diesem Krieg eine unfaire Kriegführung gegen die Hunnen gerechtfertigt ist und daß die ‚Mssrs HHHH-Operation', als wir sie übernommen haben, das Ziel hatte, diese Funktion zu erfüllen. Aber ich glaube nicht, daß wir moralisch im Recht sind, sie auch zum vorgeschlagenen Endresultat zu führen."

Was den Chef der „Special Operations Executive" (SOE), der vom britischen Premierminister im Juli 1940 den Auftrag erhalten hatte, den Kontinent durch schwarze Propaganda, Sabotage und Subversion „in Brand" zu setzen, in Gewissenskonflikte stürzte, war das bis heute bestgehütete Geheimnis in *Whitehall*: ein Unternehmen, das am 10. Mai 1941 mit dem Flug von Rudolf Heß nach Schottland seinen Abschluß fand. An diesem Tage, knapp sechs Wochen vor Beginn des Unternehmens „Barbarossa", schnappte die Falle zu, in die man Hitlers Stellvertreter gelockt hatte.

Daß Heß nicht aus freien Stücken in einem Akt von konfusem Heroismus und als „geflügelter Parzifal" gen Großbritannien flog, sondern einem Komplott der Briten aufsaß, ist der deutschen Forschung seit langem bekannt. Wer freilich die Drähte zog, wer hinter den Kulissen die Regie führte und welche Stellen und Personen damit befaßt waren, war bislang unbekannt. Der britische Hi-

storiker Martin Allen kann mit neu erschlossenem Aktenmaterial aus dem Londoner Public Record Office Licht ins Dunkel der Indizienketten bringen. Er führt den dokumentarischen Beweis, daß seit dem Spätherbst 1940 die „Mssrs HHHH-Operation“ im Gange war. Im Jargon der SOE stand dieses Codewort für eine Aktion, die sich um Heß, die beiden Haushofers sowie um Lord Douglas Hamilton drehte. Sie begann mit jenem Brief vom 23. September 1940, mit dem Heß über Albrecht Haushofer Kontakt zu diesem ersten schottischen Peer und Lord Steward des Königs aufnahm, um die Möglichkeiten eines Verständigungsfriedens zu sondieren.

Allens Buch kann auch mit einer zweiten Quelle Neues bieten. Nur wenige Stunden vor dem Abflug von Heß in Haunstetten bei Augsburg kamen die Drahtzieher der Operation – Dalton, Eden, Sir Robert Vansittart und Robert Bruce Lockhart – zu einem streng geheimen Treffen in Woburn Abbey zusammen. Dort berieten sie, wie man sich einen Festlandsdegen gegen Deutschland verschaffen könne, um Hitler mit fremder Hilfe niederzuringen. „Wir sollten daher Deutschland ermutigen“, so heißt es in dem jetzt von Allen ausgegrabenen Dokument, „Rußland anzugreifen, indem wir es mit dem Gerücht in die Irre führen, daß große politische Fraktionen in Großbritannien ... bereit seien, einen Kompromißfrieden zwischen England und Deutschland zu erzwingen, um den gemeinsamen Feind, den Bolschewismus, zu vernichten.“ Von der verabredeten Instrumentalisierung der Affäre Heß – um durch den Aufbau der Drohkulisse eines Ausstiegs Englands aus dem Krieg und die Aufnahme von Scheinverhandlungen mit Heß Druck auf Moskau auszuüben, sich gegen Deutschland zu exponieren – erfährt man in Allens Buch allerdings nichts. Weder ordnet er seine Ergebnisse in den Stand der Forschung ein, noch rezipiert er – wohl auf Grund der Sprachbarriere – die bislang vorliegenden Ergebnisse zum Heß-Flug, die seine Interpretation weiterführen und die er mit seinen neuen Dokumenten erhärtet.

Statt dessen bleibt auch bei Allen eine elementare Frage ungeklärt: Weshalb verhielt sich Heß bei seinem Abflug auf Dungavel, den Landsitz Hamiltons, nicht strategiekonform, so daß er von einer Landung Abstand nahm und sich mit dem Fallschirm aus der Maschine herauskatapultierte? Wenn, wie Allen belegt, eine Geheimdienstoperation im Gange war, warum mißlang ihr wichtigster Teil: den Piloten rasch in Gewahrsam zu bringen und das Chaos der ersten Stunden zu verhindern, als Heß von dem schottischen Bauern David McLean und der Home Guard festegesetzt wurde? Allens durchgehende und mit allerlei wenig quellenkritischen Hinweisen gewürzte Annahme, daß Hitler hinter dem Heßschen Unternehmen steckte, kann nicht überzeugen. Natürlich wollte Hitler Frieden mit England zu seinen Bedingungen. Aber im Frühjahr 1941 hatte er sich längst dafür entschieden, der widerborstigen Insel nicht mehr mit Angeboten seinen Willen aufzuzwingen, sondern ihr mit der Zertrümmerung der Sowjetunion den letzten möglichen Alliierten auf dem Kontinent zu nehmen. Ein „Friedensbote“ Heß war in diesem Drehbuch nicht vorgesehen, ja ein solcher mußte – darauf deutet alles hin – kontraproduktiv wirken.

Die mit teilweise wenig analytischer Stringenz vorgetragene Interpretation bietet denn auch weniger eine bahnbrechende neue Deutung an. Ihr Wert liegt vielmehr in dem im Anhang faksimiliert abgedruckten neuen Dokumenten, die den Forschungsstand untermauern und weiterführen. Darüber versäumt Allen jedoch, diese in den Kontext der Kriegslage einzubinden, die Motive für das Heßsche Unternehmen aufzuhellen und die Fragen zu markieren, die trotz allen Spürsinns offenbleiben.

Rainer F. Schmidt

(entnommen FAZ, 02.09.2004)

Martin Allen: „Churchills Friedensfalle. Das Geheimnis des Heß-Fluges 1941“, aus dem Englischen von Olaf Rose, Druffel-Verlag, Stegen/Ammersee 2003, 423 Seiten, 34,80 Euro

Nun weiß keiner mehr so recht, was Ehre ist oder einmal war, schrieb der Soziologe Prof. Dr. Alexander Schuller (FU Berlin) in der *WELT am Sonntag* Nr. 12 vom 24.03.1996 und führt weiter aus: „Wer im Ernst von Ehre redet, der macht sich leicht lächerlich ... und suspekt ... Ehrenmänner, gibt es die noch? Natürlich gibt es die, zumindest in der Mafia... Ehre kommt aus einer strengeren Welt, aus einer Welt, in der es Dinge gibt, die mehr wert sind als das Leben, mehr wert sogar als das eigene Leben ... Aber auch wenn der Begriff der Ehre ein altmodischer Begriff ist: Daß wir ihn der Mafia überlassen haben, spricht weniger gegen die Mafia als gegen uns.“

Vor dem Zweiten Weltkrieg
Der „eherne Gang der Geschichte“

Zusammengestellt und kommentiert von Ulrich Schmiedel (Jahrgang 1910)

Einer, der die Turbulenzen vorausgesehen hat, war der Holzkaufmann **Karl Flach** in Königsberg, der die Möglichkeit hatte, die uns umschließenden Länder zu bereisen. Er war kein Nationalsozialist. Den Kopien von Briefen, die er mit dem Abschiedsbrief an seine Familie im letzten Flugzeug aus dem ostpreußischen Kessel noch heraussenden konnte, entnehme ich den Brief an einen Freund im März 1937: „Es ist nicht die erste nationale Revolution, aber es ist die erste, die sich in einem so ohnmächtigen Lande in einer sehr gefährdeten Lage vollzieht. Möge der Himmel geben, daß ich mich täusche. Sonst armes Deutschland! Der eherne Gang der Geschichte hat noch niemals Rücksicht auf menschliche Wünsche genommen. Alles geschieht nach ewigen Gesetzen. Die Welt aber wird durch gutes Zureden nicht klüger. Vielleicht wird sie es nur, wenn vorher das große Unglück geschehen ist. Es kann sein, daß auch Hitler hierbei nur den Auftrag des großen Lenkers vollziehen muß.“

Was hatte Karl Flach bewegt, mit seinem letzten Brief an die Seinen im Westen Zeilen herüberzuschicken, die schon Jahre vor dem Krieg geschrieben waren? Es war die Kenntnis von der Einstellung der Welt um uns herum, die er als einer der wenigen, der im unpolitischen Auftrag sie ständig bereisen konnte, erfuhr. „Alle in Deutschland wünschten den Frieden, ... der eherne Gang der Geschichte hat noch niemals Rücksicht auf menschliche Wünsche genommen! Alles geschieht nach ewigen Gesetzen.“

Und das heißt doch wohl nach Gesetzen, die in diese Schöpfung hineingelegt sind, Angst vor einem neuen System, einem neuen Dogma, Neid auch und Ausschaltung der Konkurrenz. Es sind die Gesetze einer irdischen zwischen Gut und Böse schwebenden Welt, Gesetze, die jedenfalls bis in unser Jahrhundert hineinreichen von Jahrtausenden her.

Flach geht aber weiter. Er spricht den Gedanken aus: „Es kann sein, daß auch Hitler hierbei nur den Auftrag des großen Lenkers vollzieht.“ Sie alle, so möchte man fortfahren, die die Geschicke ihrer Zeit zu lenken gedenken, sind nur Vollstrecker eines höheren Willens, der nach Flach eine Katastrophe herbeiführen will. Nur aus ihr heraus scheint ihm eine Umkehr möglich, ein Übergang in eine friedvollere Zeit. Und wäre es nicht diese Sinngebung, wer könnte dann noch an einen göttlichen Plan glauben?!

Was war geschehen? Karl Flach spricht von einer nationalen Revolution, und das soll in diesem Fall bei ihm heißen, daß das deutsche Volk wie viele andere Völker vor ihm die Bildung seines Nationalstaates anstrebte, eines Reiches eigener Souveränität und Selbstbestimmung, eine Einheit innerhalb des geschlossenen deutschen Volkskörpers. Dies war ihm über Jahrhunderte durch die Nachbarländer verwehrt. Der Abschluß des Dreißigjährigen Krieges spaltete dieses Land im Westfälischen Frieden wiederum in zahlreiche und zumeist fremdhörige Fürstentümer. Der Abschluß des Krieges gegen Napoleon brachte mit dem Wiener Kongreß erneut die Bestätigung dieses Partikularismus. Die gesamtdeutschen Ansätze im Anfang des vorigen Jahrhunderts, Burschenschaften, Paulskirche usw., sie alle liefen unter dem Druck von außen ins Leere, bis schließlich in einer günstigen Stunde der Geschichte und durch die politischen Fähigkeiten eines Bismarck ein wenn auch kleindeutsches Kaiserreich 1871 errichtet werden konnte. Es war geboren aus einer lang zurückgedrängten Sehnsucht aller Deutschen, aber selbst Bismarck schied in tiefer Sorge aus seinem Amt: Frankreich, Rußland und England könnten sich wieder gegen diesen jungen Staat in der Mitte Europas verbünden.

Außerdem: Wie konnte man souverän sein, wenn man nicht auch autark war?

Man war aber seit jener neuen Reichsgründung in das Industriezeitalter eingetreten. In diesem benötigte man mehr als die eigene Ackerkrume, mehr als die eigene Kohle und das eigene Erz. Der schnelle Aufstieg als Industriestaat beunruhigte die anderen, der freie Zugang zu den von überall her benötigten Rohstoffen war gefährdet.

Der Aufbau einer Flotte, die diese Zulieferungen absichern sollte, schockierte noch mehr. Die Ursachen zum Ersten Weltkrieg sind von mir in „Zeitgeschichte aus heutiger Sicht“ dargestellt. Vor Beginn des Zweiten Weltkrieges fehlten uns: Kautschuk zunächst 80 %, Mineralöl 65 %, Bauxit für Aluminium 99 %, Nickel 95 %, Zinn 90 %, Kupfer 70 %, Blei 50 % usw. Deutschlands Vorräte reichten 1939 bei diesen Rohstoffen für 4 bis 12 Monate.

Dazu Flach: „Hitler hat sein System der autarken, also vom Ausland unabhängigen Wirtschaft verkündet; die Beseitigung einer verheerenden Arbeitslosigkeit ist von ihm mit Erfolg betrieben worden. Er hat sein System kraftvoll zu verwirklichen begonnen. Er hat erneut an England Angebote zur freundschaftlichen Verständigung gemacht. Das deutsche Volk jubelt. Es ist kein Zweifel, daß neue Wirtschaftssystem die alten ablösen werden. Aber die Basis, auf der er dieses alles beginnt, ist zu klein an Raum und an Bodenschätzen. So werden die Verhältnisse Hitler zur Verbreiterung dieser Basis zwingen, ihn zur Erweiterung seines Machtbereiches treiben. Einmal auf diesem Weg kann Hitler auch an der Verbindung zu dem abgeschnittenen Ostpreußen nicht vorbeigehen.“ (März 1937)

Auch dieser gleichsam zwangsläufige Weg bedeutete noch nicht Krieg. Man versuchte, zunächst durch eine Exportoffensive zu den Devisen zu kommen, die den Einkauf der fehlenden Rohstoffe ermöglichen sollten. Eine sofort einsetzende Blockade der deutschen Waren, insbesondere durch die USA, boykottierte den Weg.

So mußte die deutsche Regierung übergehen zu bilateralen Warenaustauschverträgen, insbesondere mit den Balkanländern. Das Öl aus Rumänien wurde lebenswichtig. Sogar mit Rußland wurde im Sommer 1939 noch ein solcher Vertrag abgeschlossen. Alles das mündete in ein neues Wirtschaftssystem außerhalb des über den Dollar laufenden freien, aber nicht mehr funktionierenden Welthandels, und alarmierte die Beherrscher des Dollars.

Nun mußten diese direkten Wege des Warenaustauschs abgesichert werden. Sie durften nicht militärisch blokkiert werden können, etwa durch eine mit der Stoßrichtung Balkan aufmarschierende russische Streitmacht. Eines ist immer die Folge des anderen. Eine geradezu gesetzmäßige Entwicklung nahm ihren Lauf. Niemand konnte sie aufhalten.

Eine solche Feststellung kann allerdings Verantwortung und Schuld von den Schultern der Staatsmänner jener Zeit nicht nehmen. Die Gegner Deutschlands feuerten durch ihre Entscheidungen den aus den deutschen Problemen entstehenden Weltenbrand nur noch weiter an. Sie wollten auch keinen Frieden, bevor Deutschland total vernichtet war.

Die völkische und nationalstaatliche Idee war, den großen geschichtlichen Strömungen folgend, man könnte sogar sagen „von oben" auch in das deutsche Volk hineingelegt. In Ausführung dieser Ideen, so hatte bereits Karl Flach 1937 gesagt, „konnte Deutschland an dem Problem einer Wiedereinbeziehung der durch Versailles von dem Kernland getrennten Bereiche Danzig und Ostpreußen nicht vorbeigehen." Von der Verhandlungsführung der Amerikaner in Versailles kennen wir den Ausspruch (Hoover), daß durch diese Gebietsabtretungen der nächste Krieg programmiert sei.

Die Geschichte lief ab „nach ihren ewigen Gesetzen". War das Gottes Lenkung?

Polnischer Chauvinismus als Mittel zum Krieg

Auch ein anderer hat alles vorhergesehen.

Der Verfasser ist ein Neutraler, ein guter schweizer Demokrat, der zu dem eben aufgekommenen italienischen Faschismus mit seinem „totalitären und imperialistischen Gehabe" ein distanziertes Verhältnis hat. Es ist der **Carl J. Burckhardt**, Historiker, Feingeist, Diplomat seines Landes in Österreich, später der Hohe Kommissar des Völkerbundes in den kritischen Jahren in Danzig.

Er schreibt unter dem 5. Oktober 1923 an seinen Freund Hugo von Hoffmannsthal, also noch als junger Mensch, einen persönlichen Brief, in dem er seherisch die ihn selbst bedrückende weitere Entwicklung der Geschichte vorwegnimmt.

Er berichtet, daß man sich in der Schweiz an die neuen Länder wie Jugoslawien und Tschechoslowakei zu gewöhnen beginne. „Nur das Wort Bolschewismus empfinden sie – die Zeitgenossen – wie ein Geschwür auf der Zunge. Das macht ihnen Angst, als wenn es magisch wäre. Vielleicht ist das Wort, sein Inhalt durch die Taten, die in seinem Namen begangen werden, durch die slawische Rezeption auch magisch geworden."

„Aber das Entscheidende: endlich gibt es wieder ein Dogma. Das scheint mir die allerwichtigste Tatsache zu sein. Auf unsere seit dem 16. Jahrhundert flüssig gewordene analytisch alles interessant findende Welt wirkt dieses Dogma wie ein stählerner Keil.

Schon entsteht, da keine wirklichen Abwehrkräfte vorhanden sind, ... ein Widerstand mit denselben, dem russischen Vorgang entliehenen Methoden, aber ein Widerstand ohne positive Überzeugung, ohne die zwingende Regel einer einzigen Philosophie!"

Burckhardt meint den italienischen Faschismus und fährt dann fort, und zwar bevor eine nationalsozialistische Bewegung in Deutschland erkennbar war: „Man darf nicht daran denken, was aus einer ähnlichen Entwicklung in Deutschland würde, bei dem deutschen Hang zu Personenkult, dem Hang zu Übertreibung, der verzweifelten blinden Tüchtigkeit, die im Deutschen steckt, und vor allem dem grausamen Unverständnis der westlichen Völker allen deutschen Reaktionen gegenüber." Nach Ansicht von Burckhardt würden vor allem die Franzosen sich „diese Empörung" zunutze machen, um wieder auf einen völlig sinnlosen kontinentalen Krieg hinzusteuern. „Das wäre dann das Ende der Weltstellung unseres alten Kontinents."

Es wurde das Ende. Das Streben Deutschlands, einen Wall gegen den unter unendlichen Menschenopfern bereits stabilisierten totalitären Machtblock des Ostens zu errichten, fand nicht den Beifall der westlichen Demokratien, sondern rief – wie Burckhardt vorausgesehen – ihre „Empörung" hervor.

Burckhardt kam ferner schon damals zu der Voraussicht, daß sich der amerikanische Kapitalismus mit dem Bolschewismus gegen Deutschland verbünden würde.

Er selbst hat im Jahr 1925 in einem weiteren Brief an Hoffmannsthal darauf hingewiesen (Briefwechsel S. 188 – 192), daß die westlichen Mächte Deutschland so lange kompromittieren und provozieren würden, „bis sie in Deutschland einen Rausch bewirkten, den dann der Westen für eine Weltgefahr an sich, für eine äußerste Weltbedrohung halten wird, während doch die Bedrohung in Wirklichkeit sich hinter dieser deutschen Fassade, zwischen Baltikum und Stillem Ozean vorbereitet, in einem räumlichen Ausmaß, das die Menschheit noch nie gesehen hat. ... Deutschland und Japan sind natürliche Gegner einer russischen Expansion. Der Westen aber, das englische Reich und die Vereinigten Staaten, die von dieser Expansion am meisten bedroht sind, bemühen sich mit allen Mitteln, Deutschland und Japan zu schwächen."

Burckhardt hatte also 1925 die Frontenbildung in ihrer Entstehung erkannt. Von dieser, von ihm gekennzeichneten westlichen Einstellung her, wird verständlich, daß alles Bemühen der deutschen Regierungen um die englische Freundschaft vergeblich sein mußte.

Viele Jahre später mußte derselbe schweizer Politiker als „Hochkommissar des Völkerbundes für Danzig" selbst erleben, wie sich seine eigenen Voraussagen verwirklichten, ohne daß er in der Lage gewesen wäre, die unheilvolle Zuspitzung zu verhindern.

Burckhardt berichtet an den Generalsekretär des Völkerbundes über ein vertrauliches Gespräch mit dem polnischen Außenminister Beck in seinem Buch „Meine Danziger Mission" (S. 156).

In diesem Bericht schreibt Burckhardt, Polen spiele ein doppeltes Spiel, an dessen Ende man sich den höchsten Gewinn erhoffe, nämlich nicht nur die völlige Integration Danzigs in Polen, sondern auch die Ostpreußens, Schlesiens und sogar Pommerns. „Dieser Gewinn soll sich nach Ansicht von Beck ergeben aus einer schließlich unvermeidlichen deutschen Katastrophe".

Dieser Eindruck Burckhardts wird ergänzt durch einen weiteren Bericht über eine Besprechung mit dem amerikanischen Botschafter in Warschau, Biddle: „Am 2. Dezember 1938 hat mich der amerikanische Botschafter B. besucht. Er erklärte mir, mit merkwürdiger Genugtuung, die Polen seien bereit, wegen Danzig Krieg zu führen. Der motorisierten Kraft der deutschen Armeen würden sie mit Wendigkeit begegnen. Im April wird die neue Krise ausbrechen. Niemals seit der Torpedierung der Lusitania bestand in Amerika ein solch religiöser Haß gegen Deutschland wie heute. Chamberlain und Daladier werden durch die öffentliche Meinung weggeblasen werden. Es handelt sich um einen heiligen Krieg."

Zu diesen Worten Biddles Burckhardts eigener Kommentar: „Schöne Perspektiven. Calvin gegen die Nachkommen Luthers und Lenin als Calvins Verbündeter." (Burckhardt: „Meine Danziger Mission", S. 225)

Der Kreis um Deutschland war geschlossen. Auch eine Persönlichkeit wie Burckhardt konnte dem Schicksal nicht mehr in die Zügel fallen.

Hierzu gehört auch ein Brief Carl J. Burckhardts an Gräfin Dönhoff, entnommen dem nach seinem Tode herausgegebenen Erinnerungswerk „Memorabilien", ohne Datum, vermutlich 1938: „... Ich fürchte, daß der russische Diktator ... die Unternehmung Hitlers zunächst durch lockende Solidaritätsangebote in das kritische kriegerische Abenteuer hineinstoßen wird, um dann im Verlauf eines für Deutschland auf die Dauer auf alle Fälle aussichtslosen Kampfes den Spieß umzudrehen. Wahrscheinlich wird Hitler ihm dazu in seiner Verblendung nach einigen Scheinsiegen massive Vorwände zum Herumwerfen des Steuers bieten."

Burckhardt hatte als Philosoph, Historiker und Politiker eines neutralen Landes den großen Zusammenstoß und das Schicksal Europas voraussagen können. Wir aber waren in einer anderen Position. Wir mußten aus unserem beschränkten Gesichtsfeld heraus handeln, und selbst die Staatsmänner, denen die Botschafterberichte aus aller Welt zur Verfügung standen, hätten ihre Politik nicht geändert, wären diese Briefe statt an Hugo von Hoffmannsthal an sie gerichtet worden. Die „ewigen Gesetze" der Weltgeschichte (Flach) galten weiter. Sie waren aufgebaut auf der Vorgeschichte der Völker und ihren Charakteren, auf dem Streben nach Mehrung der Macht, auf eingespielte Allianzen, auf der Abwehr jedes Konkurrenten und Emporkömmlings, der Abwehr neuer Systeme.

Wenn Burckhardt das, was geschehen wird, so lange Zeit voraussagen konnte, ist man versucht, einem Fatalismus zuzuneigen, als wenn alles „von oben" durch einen Lenker der Geschichte bestimmt sei. Wir müssen uns aber weiterhin nach unseren Maßstäben und unseren Erkenntnissen einsetzen. Das liegt in der Freiheit, zu der wir bestimmt sind und die wir nutzen sollen. Die Wege, die ER uns führen will, werden für uns nur spät erkennbar. Sie hängen nicht einmal mit dem zusammen, was wir im Augenblick des Geschehens als Erfolg oder Mißerfolg ansehen. „Wo wir jubelten, hätten wir trauern sollen ..."

Selbst Katastrophen können indes zu einem Gewinn werden auf einem weiteren Wege durch die Geschichte.

Eine Tagebuchnotiz aus dem Jahr 1947 habe ich bei einem zufälligen Aufschlagen entdeckt. Sie ist jetzt 57 Jahre alt: „5. Mai 1947. Die Lebenskurve Deutschlands geht weiterhin bergab. Die lange Schicksalskonferenz von Moskau ist völlig gescheitert. Während im vorigen Jahr nur Niedergeschlagenheit festzustellen war, ist jetzt eine allgemeine völlige Hoffnungslosigkeit hinzugekommen. Es gab keine Kohle für den Ofen, keinen Nagel für die Schuhe, keine Schraube für die Instandsetzung eines Geräts, keine elektrische Birne. Selbst die Hamburgischen Elektrizitätswerke haben keine Glühbirnen für ihren eigenen Betrieb und kein Glas für ihre Werkhallen. Die Haushalte bekommen den vorgesehenen zweiten Zentner Kartoffeln pro Person und Jahr jetzt endgültig nicht. Ein halber Tag geht hin über das Anstehen nach Brot. Fett fehlt fast ganz, Nährmittel werden nicht aufgerufen. Mehl hatten wir schon seit langem nicht mehr. Das wirtschaftliche Leben ist überall fast ganz festgefahren. Die Fabrikdemontage gehen immer noch weiter. Kohle aus Deutschland muß in das Ausland abgegeben werden. Die Wälder werden abgeholzt. Die Besatzungsmacht bestimmt alles."

Die englische Sonntagszeitung *Sunday Correspondent* vom 17.08.1989: „Wir sind 1939 nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland vor Hitler oder die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg getreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren konnten."

Der ehemalige amerikanische Außenminister Kissinger: „Präsident Clintons Gedanke von den Führungspartnern USA und Deutschland war nicht gerade weise ... Tatsächlich treibt dieser Gedanke alle auf die Barrikaden, denn letztendlich wurden zwei Weltkriege geführt, um eben das, eine dominante Rolle Deutschlands, zu verhindern. (WELT am Sonntag vom 13.11.1994)

Der Unrechtsstaat

Unter dem Schutz des Großen Bruders und gehorsam seinen Befehlen haben die Bundesregierungen seit Adenauer das Recht immer wieder auf das gröbste verletzt und das Volk immer wieder verraten. Der sich rühmt, ein „Rechtsstaat" zu sein, ist wohl der übelste Unrechtsstaat, der je auf deutschem Boden bestand.
Sehen wir uns die gröbsten Rechtsbrüche des Staates „BRD" an! Ich bringe sie in logischer, nicht in zeitlicher Folge.

1952: Konrad Adenauer, Bundeskanzler, schließt mit Nahum Goldmann einen Vertrag auf Entschädigung der jüdischen Opfer des Dritten Reiches, ohne das Volk zu fragen, und mit der Bedingung, daß die zu Entschädigenden keinen Beweis ihrer Leiden oder des Todes ihrer Angehörigen bringen müssen: Der erste Fall der Rechtsgeschichte, daß nicht zu beweisende Taten strafbar sind. Und bestraft werden Nicht-Täter.

27.03.1952: Das Wiedergutmachungsabkommen der BRD mit Israel.

1950: Die BRD wird in den „Europa-Rat" aufgenommen, ohne Volksabstimmung.

23.10.1954: Die „Pariser Verträge" mit ihren Folgeverträgen: Eintritt in die Westeuropäische Union (WEU), Beitritt der BRD zum Nordatlantikpakt (Vertrag vom 04.04.1954), Gründung der Bundeswehr.
Bei allen diesen Verträgen und Neuerungen wurde das Volk nicht gefragt.

07.05.1956: Das Bundeswahlgesetz führt unter Bruch des Grundgesetzes die Listenwahl über die Zweitstimmen ein.

24.07.1967: Das Parteiengesetz, das wahrheitswidrig behauptet, daß das Grundgesetz den Parteien eine ihnen obliegende Aufgabe stelle und daß es diese öffentliche Aufgabe verbürge, dient den Parteien dazu, sich zu der eigentlichen Macht im Staate zu machen.

Am **03.03.1989** wird dieses Gesetz mit weiteren rechtswidrigen Vollmachten für die Parteien versehen. Hier beschlossen die Parteien des Bundestages über ihren eigenen Rechtsstand, ohne das Volk zu fragen. Sie ersetzten damit das Volk als den Souverän und setzten sich selbst an seine Stelle.

08.05.1955: Vollzug des Beitritts der BRD zur NATO. Die Bewaffnung der BRD ist nicht die Wiederbewaffnung des Deutschen Reiches. Sie ist vielmehr die Schaffung einer von den Siegermächten des Krieges geführten Teiltruppe der NATO auf deutschem Boden. Das Volk ist auch hier weder richtig unterrichtet noch gar gefragt worden.

01.09.1973: Die BRD tritt den Vereinten Nationen bei, jedoch verlangte die Delegation der BRD bei den Beitrittsverhandlungen nicht die Streichung der Feindstaatenklauseln, vielmehr erkannte sie die Statuten der V.N. voll an. Damit blieb das Deutsche Reich Feindstaat der V.N., und die BRD wurde zusammen mit allen anderen Mitgliedern der V.N. zum Feindstaat des Deutschen Reiches, denn der Staat BRD kann nicht gleichzeitig ein anderer Staat sein, also auch nicht das Deutsche Reich. Mit diesem Beitritt hinterging die Staatsführung der BRD das Volk; denn für die BRD erübrigte sich nun ein Friedensvertrag, der aber dem Deutschen Reich bis heute vorenthalten wird. (Brief A.A. 08.01.1997)

13.06.1985: Abschaffung des Rechts auf die freie Meinungsäußerung durch das 21. Strafrechtsänderungsgesetz.

vor 1988: Das Deutsch-Türkische Abkommen über Soziale Sicherheit gewährt den in der Türkei lebenden Familienangehörigen in Deutschland lebender Türken den Krankenversicherungsschutz nach deutschem Recht.

23.09.1990: Änderung der Präambel des Grundgesetzes. Streichung des Willens des Volkes, „seine nationale und staatliche Einheit zu wahren". Das heißt: Grundgesetzliche Abschaffung des deutschen Nationalstaates. Das Volk wurde nicht gehört. Es wurde bewußt getäuscht.

12.09.1990: Der „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland" (der den unwürdigen Namen „Zwei-Plus-Vier-Vertrag" trägt): Dem Vertragsabschluß ging das Angebot von Michail Gorbatschow voraus, nach Absprache mit der Republik Polen die Deutschen Ostgebiete jetzt an Deutschland (also an die BRD) zurückzugeben. Der Bundeskanzler Kohl und sein Außenminister Genscher lehnten das ab. Kohl belog das Volk, die Wiedervereinigung sei ohne den Verzicht auf die Ostgebiete nicht zu haben gewesen. Auch die Westalliierten hätten sich dem Vorschlag Gorbatschows nicht widersetzen können, denn sie hatten sich ja verpflichtet, die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands zu betreiben (nicht nur zu erlauben oder zu fördern).

Auf dem Weg zur Europäischen Union

25.03.1957: Unterzeichnung der „Römischen Verträge" und Bildung der EWG. Die Abschaffung der nationalen Wirtschaftshoheit. **08.04.1965**: Unterzeichnung des Vertrages zur Einsetzung eines „gemeinsamen Rates" und einer „gemeinsamen Kommission" der Europäischen Gemeinschaften. Das war der nächste Schritt, um „das Tor zu Europa aufzustoßen" (Kohl). Der Vorgang wurde schrittweise - nach und nach - vollzogen.

07.10.1979: Erste Direktwahl zum „Europäischen Parlament". Das war der nächste Schritt.

28.02.1986: Unterzeichnung der „Einheitlichen Europäischen Akte". Wieder ein Schritt.

03.10.1990: Beitritt der DDR zur BRD und Eingliederung beider in die Europäische Gemeinschaft. Ist nun die Entwicklung ganz unumkehrbar?

28.12.1992: Ratifizierungsgesetz des „deutschen“ Bundestages zum Vertrag über die Europäische Union. Damit ist der Staat der Deutschen, auch wenn er nur ein Übergangsstaat war, abgeschafft.
Folgende Hoheitsrechte, die einen souveränen Staat kennzeichnen, sind damit für die BRD abgeschafft und der „EU“ übertragen:
a.) Die Gebietshoheit (Asylgesetz, Schengener Abkommen).
b.) Die Kulturhoheit (schleichend).
c.) Die Wehrhoheit (die liegt bei der EU und ist der NATO übertragen).
d.) Wirtschaftshoheit (die deutsche Wirtschaft wird in Brüssel kontrolliert, verwaltet, gelenkt, was auch immer).
e.) Die Währungshoheit (die Deutsche Mark wurde durch den Euro abgelöst, also abgeschafft).
f.) Die Sozialhoheit (unter dem Namen „Harmonisierung“) abgeschafft.
g.) Die Zollhoheit (sie liegt schon lange in fremder Hand).
h.) Durch ein Geflecht von Einzelabkommen ist auch die Justizhoheit, die Hoheit der Außenpolitik, das Menschenrechtswesen, ja sogar die Sprachhoheit mit vielen Teilbereichen den Deutschen geraubt worden.
Dazu kommt die Kastrierung der Deutschen: In der „feierlichen Erklärung des Bundestages“ vom 02.02.1992 heißt es: „Deutschland darf kein weiteres Mal der Gefahr des Nationalismus erliegen.“ Der Bundesrat hat sich diesem Entmannungsdiktat angeschlossen.

07.02.1992: Bei den einzelnen Schritten bis zum Vertrag von Maastricht wurde das deutsche Volk nicht gehört, weil Kohl erklärte:
a.) Das versteht der kleine Mann doch nicht.
b.) Volksabstimmungen sind im Grundgesetz nicht vorgesehen.
c.) Sie sind da auch nicht erlaubt.
Alle drei Gründe sind erlogen.

Ende 1990: Kohl schließt mit Galinski (dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland) insgeheim, also hinter dem Rücken des Volkes und unter Umgehung der vom Gesetz vorgeschriebenen Staatsorgane, den Vertrag, der mit unwahren Rechtsgründen die Masseneinwanderung von „Bürgern jüdischer Nationalität“ aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland vorsieht.

01.01.2000: Das Gesetz zur Einführung der Doppelten Staatsbürgerschaft für Fremde tritt in Kraft. Mit diesem Gesetz werden Fremde gegen das bestehende Recht zu „Deutschen“ gemacht. Ihnen wird das den Deutschen nicht erlaubte Recht auf zwei Staatsbürgerschaften gewährt, womit das grundgesetzliche Gebot der Gleichheit aller vor dem Gesetz gebrochen wird. Das Volk wurde nicht gefragt. Eine von der Opposition durchgeführte Unterschriftensammlung gegen diesen Rechtsbruch versuchte die plötzliche Abschaffung des Volkes mit diesem Gesetz durch die schleichende Umvolkung zu ersetzen. Dieser „Integration“ genannte Plan wird in der Tat seit Jahren wie ein heiliges Dogma verfochten, obwohl er längst gescheitert ist, weil er scheitern mußte. Seither hat man von dieser Unterschriftensammlung nie wieder etwas gehört. Die Karawane des Unrechts zieht weiter.

1995: Eine Gruppe von Betrügern gründet eine Firma namens „Institut für Sozialforschung“, eröffnet eine Ausstellung mit dem Namen „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht“. Mit dieser Ausstellung ziehen diese Betrüger durch die BRD und Österreich und veranstalten in vielen Städten Aufführungen. Die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts Erika Limbach, Ministerpräsident von Hessen Hans Eichel, Oberbürgermeister großer Städte und hohe Parteifunktionäre halten die Eröffnungsrede und geben damit dem Schwindel amtliche Weihen. Obwohl Fälschungen und Fehlbezeichnungen nachgewiesen sind, werden die vielen Strafanzeigen gegen diesen gigantischen Betrug nicht verfolgt.

1949/2000: Die hier genannten Rechtsbrüche sind nur Beispiele. Dutzende ähnliche Fälle wurden dem deutschen Volke auf allen denkbaren Gebieten zugemutet, wie etwa: Renten an Ausländer, Drogenhandel, Jugendkriminalität, „humaner“ Strafvollzug, Pro Familia, Schulwesen, Rentenrecht, Pornographie, Parteienkorruption, Geschichtsfälschungen, Ämterwillkür, Goetheinstitute, Sudelkunst, Verschleuderung von Volksvermögen („Tafelsilber“), Telekom, Strafrechtsverfall, Gedenkstätten, Sprachverstümmelung, Familienrecht, „Integration“, Überfremdung usw.

Der geistige Nährboden dieses andauernden, teils schleichenden, teils galoppierenden Hochverrats (des Verrats am Souverän, dem deutschen Volk) offenbarte sich nach der nicht-öffentlichen Sitzung (also einer Geheimsitzung) eines sogenannten „Kunstbeirats des Deutschen Bundestages“ vom 02.11.1999. Von den 12 Mitgliedern dieses Beirats erwiesen sich elf als Hochverräter, Volksverräter (und nicht zuletzt auch als Kunstbanausen). Statt der ehrwürdigen, wahren und rechten Widmung des Deutschen Bundestages sollen dort über dem Eingang die Worte „DEM DEUTSCHEN VOLKE“ verschwinden und mit der Beschriftung eines Machwerks im Innenhof des Reichstages ersetzt werden: „DER BEVÖLKERUNG“. Die Verräter, die diesen brutalen Überfall auf das Gemüt der Deutschen verübt haben, seien genannt. Einer ist Präsident des Bundestages, eine andere war Präsidentin.
Alle sind Abgeordnete des „Deutschen“ (?) Bundestages: Herr Thierse, Frau Süßmuth, Frau Brandt-Elsweiler, Frau Schmidt, Frau Blank, Herr Weisskirchen, Frau Schröter, Frau Vollmer, Frau Eichstädt-Bohling.
Diesen Personen wird zu gegebener Zeit die Strafe gegeben werden. Ein Mitglied des Beirates stimmte dagegen: Volker Kauder. Ehre seinem Namen!

Ich fasse zusammen:
1. Das Deutsche Reich besteht nach wie vor.
2. Die BRD und die Republik Österreich sind nicht Teile des Deutschen Reiches. Vielmehr sind ihre Gebiete Teile des Gebietes des Deutschen Reiches, ebenso wie die deutschen Ostgebiete, das Sudetenland, Südmähren und die Südsteiermark.
3. Die BRD und die Republik Österreich sind Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen. Damit sind sie an die Statuten der V.N. gebunden. Insbesondere haben sie die Feindstaatenklauseln der V.N. zu befolgen, die Artikel 54 und 107 der Statuten der V.N.
4. Die Vereinten Nationen sind ein gegen das Deutsche Reich gegründetes Bündnis. Damit sind alle ihre Mitglieder Feinde des Deutschen Reiches und das Deutsche Reich ist ihr Feind.
5. Die BRD ist ein Nicht-Staat. Die BRD ist ein Scheinstaat. Die BRD ist ein Unrechtsstaat, und all das trifft auch auf Österreich zu. Insbesondere aber ist die BRD als Mitglied der V.N. Feindstaat des Deutschen Reiches.
6. Die BRD kann keinen Friedensvertrag schließen, denn sie wurde erst nach dem Ende des Krieges gegründet. Einen Friedensvertrag kann nur das Deutsche Reich schließen.
7. Die BRD konnte und kann keine Staatsverträge mit fremden Staaten schließen, denn ihr Land ist von den Kriegssiegern (Kriegsgegnern) besetzt. Alle Staatsverträge, die sie je schloß, sind deshalb null und nichtig. Es ist zu prüfen, ob das auch für Österreich gilt.
8. Sowohl nach internationalem Recht wie nach dem Völkerrecht und auch wegen der hierin beschriebenen Rechtsbrüche der BRD ist das deutsche Volk nicht frei. Sein Land ist besetzt. Es hat keine legitimierte Staatsführung.
9. Im Sinne des griechischen Fremdwortes „Demokratie" (=Volksherrschaft) ist die BRD keine Demokratie, denn das Volk ist entmachtet. Die Macht in der BRD liegt in den Händen fremder Staaten und Einrichtungen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist dem deutschen Volk ein Fremdstaat.

zusammengestellt von J. P. Ney

„Erst wenn die Kriegspropaganda der Sieger Einzug gefunden hat in die Geschichtsbücher der Besiegten und von der nachfolgenden Generation auch geglaubt wird, kann die Umerziehung als wirklich gelungen angesehen werden."
Walter Lippmann

Strahlungswaffen

Brief des Umweltbeauftragten des Dekanates Alzey

An das Bundeskriminalamt
- Leitungsstab -
65175 Wiesbaden

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich beziehe mich auf Ihr Aktenzeichen LS 2-27-2737/02 sowie die durch Besitz und Gebrauch von Hochfrequenz- und anderen Strahlungswaffen entstehenden Straftatbestände.

In meiner Eigenschaft als Umweltbeauftragter beschäftige ich mich nicht nur seit Jahren mit den Emissionen von Mobilfunk- und anderen Hochfrequenzsendern wie z.B. Radar, sondern beobachte ich auch aufmerksam die Herstellung bzw. Anwendung von Strahlenwaffen hier bei uns in Deutschland.

Aufgrund dieser inzwischen bei Betroffenen recht bekannten Tätigkeit von mir wenden sich an mich in meiner Funktion als Seelsorger und als Sachkundiger immer mehr Strahlungsopfer (gemeint sind Menschen, die von kriminellen Subjekten mit elektromagnetischen oder anderen Strahlungswaffen gequält oder auch als Versuchskaninchen mißbraucht werden). Viele von ihnen sind enttäuscht von den regionalen Polizeibehörden, weil dort in der Regel nicht die nötige Sachkenntnis vorhanden ist, weil sie nicht ernstgenommen werden oder weil aus anderen Gründen nicht ermittelt wird.

Mit diesem Schreiben möchte ich herzlich bitten um ein Gespräch mit einem kompetenten Abteilungsleiter, der sich mit diesen Waffengattungen auskennt. Ich möchte gern zwei oder drei Betroffene mitbringen, die ihre Situation sachlich und realistisch wahrnehmen und wiedergeben und die einen absolut normalen Geisteszustand aufweisen. Das Gespräch sollte bitte in den nächsten zwei Wochen (also bis zum 27.8.) stattfinden, möglichst nachmittags. Was den Wochentag angeht, können wir uns gern nach Ihnen richten; bitte machen Sie nicht nur einen Terminvorschlag.

Das Gespräch ist schon deswegen wichtig, weil medienwirksam bereits mit dem Parlamentarischen Kontrollgremium (PKG) kommuniziert wurde, diese aber ganz bewußt von nichts wissen wollten. Ein entsprechendes Negativ-Image haben sie sich auch dadurch in diversen Internetseiten oder Massen-e-mails eingehandelt. Genau das sollte bei unserem Gespräch vermieden werden. Wir erwarten und erhoffen uns eine ehrliche und realistische Situationseinschätzung der Betroffenen durch das BKA.

Für dieses Gespräch dürfen wir Sachkenntnis voraussetzen. Beispielhaft seien erwähnt das Wissen um

- die Internetseite www.mikrowellenterror.de und www.totalitaer.de;

- z.B. folg. Print-Informationen: Artikel "Mikrowelle als Nachkampfwaffe" in: „Welt am Sonntag" vom 6.1.2002; „Funk-Uhr" Nr. 13/2002 (und andere Programmzeitschrif-

ten): „Krieg unter Nachbarn" (Mikrowellenattacken); viele weitere Angaben zu Print-Informationen bei www.mikrowellenterror.de;

- diverse Bastelanleitungen für Umbau des Mikrowellenofens zur Strahlenkanone im Internet sowie „google"-Recherche: Eingabe des Suchbegriffs „patent number": dort viele Patente zur elektromagnetischen Manipulation, z.B. US-Patent Nr. 3951134 u.v.a.m.;

- z.B. folgende Fernsehsendungen: a) ZDF 22.12.1998: „Geheimes Rußland: Die Zombies der roten Zaren"; b) SAT1: akte 0/3: Umgebauter Mikrowellenofen als Strahlenwaffe? Betroffenes Ehepaar (Sendung vom 7.1.2003); c) SAT1 vom 9.3.03: „Planetopia": Mikrowelle als Waffe / Firma Diehl; d) ARD 28.4.04: „W wie Wissen": Sizilianisches Dorf Caneto im elektromagnetischen Ausnahmezustand; ferner waren bei versch. mir namentlich bekannten Betroffenen bereits Filmteams; teilweise wurden die Ausstrahlungen sogar in Programmzeitschriften angekündigt, aber dann kurzfristig wegen der Brisanz wieder abgesetzt.

Drei empfehlenswerte Bücher: von Dr. Helmut Lammer: „Schwarze Forschungen" und „Verdeckte Operationen" und von Jim Keith: „Bewußtseinskontrolle".

Und hier nun der einfotokopierte Text, bezugnehmend auf Formulierungen des BKA:

„Das **Bundeskriminalamt** führt in einem Schreiben vom 21.1.2003, Aktenzeichen LS 2-27-2737/02, an die Sprecherin der Interessengemeinschaft der Opfer von Elektro-Waffen aus: **‚Die schädigende Wirkung von Mikrowellen auf den menschlichen Organismus ist seit vielen Jahren eine wissenschaftlich belegte Tatsache. Daher ist auch ein Einsatz von Mikrowellen als Waffe (insbesondere im militärischen Bereich) denkbar. Dazu gibt es bereits entsprechende Publikationen, wie Sie sie auch in Ihren Literaturhinweisen genannt haben. Der Einsatz von Mikrowellen als Mittel zur Schädigung Dritter wird seitens des Bundeskriminalamtes aufmerksam beobachtet. Bei Vorliegen entsprechender Erkenntnisse wird das Bundeskriminalamt im Rahmen seiner Aufgaben als Zentralstelle alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Polizisten der Länder zu informieren und (künftigen) Schaden für die Betroffenen abzuwenden.'"**

Mit freundlichen Grüßen!

gez. M. Engelbrecht, Pfr.

PS.: Ich erbitte eine Eingangsbestätigung. Danke!

Europa zweitausendfünfundzwanzig

Der Verfasser weilte 1995 zu Filmaufnahmen in einem afrikanischen Land, dessen Regierung gerade die Todesstrafe eingeführt hatte. Aufgeregt empfing ihn am Flughafen ein Botschaftsangehöriger, der erbost ausrief: „Die Regierung hat das getan, damit die Asylanten des Landes in Europa, besonders von Deutschland, nicht mehr abgelehnt werden können."

Wer das hier schreibt, ist insofern Fachmann, als er einen französischen Universitätsabschluß in Ethnologie hat und länger als 25 Jahre entweder in Afrika, Asien und Südamerika gelebt hat oder die Entwicklungsländer der drei Kontinente im Auftrage von verschiedenen Institutionen der Entwicklungshilfe bereist hat. Und von daher weiß er auch, wie Fremdkulturelle jener ethnographischen Herkunft ziemlich unterschiedslos denken, handeln und leben. Daneben gibt es die unumstößlichen Erkenntnisse der Biologie und der Soziologie, die uns lehren, daß entweder archaische Verhaltensweisen umgebungsbedingt vorherrschend werden können oder daß beispielsweise systemisch die Religion der jeweils mehrheitlichen Bevölkerung, soweit sie denn noch das Sagen hat, auch geschichtsrelevant wirkt. Das haben sowohl I. Eibl-Eibesfeld wie auch S. Huntington oder A. Müller-Armack gelehrt und bewiesen. Besser noch, es beweist sich auch heute jeden Tag aufs neue. Es geht dabei nicht um Politik, auch nicht um Aufhetzung oder Verhetzung, sondern im wesentlichen um Soziologie, Kulturanthropologie und Sozialpsychologie.

Welche sozialpsychologischen Veränderungen eine stetig wachsende Anzahl von Fremdkulturellen in dem jeweiligen Eindringungsgebiet hervorruft, ist noch nicht öffentlich untersucht worden. Auch nicht, wie das einmal städtebaulich aussehen wird, schulisch, ausbildungs- und fortbildungsmäßig, energie- und verkehrspolitisch, infrastrukturell mit Betonung auf Müll- und Abwässer- und industrieller Abgasentsorgung. Wer weiß schon um den Standard von Industrie und Verwaltung in den Entsende- oder Herkunftsländern der fremdkulturellen Bewohner. Entsendeländer? – Selbstverständlich!

Zeichnen wir also ein Zukunftsszenario, das den Deutschen, die es noch sein wollen, die Pflicht auferlegt, dies allen anderen Deutschen warnend weiterzugeben, ebenso wie den Europäern, die in unterschiedlichem Maße gleichermaßen davon betroffen sein werden.

Angefangen von der Pflanzen- und Tierwelt neigen Eindringlinge dazu, die vorgefundene autochtone Population zuerst einzuengen, dann zu überlagern und schließlich zu vertreiben. Dabei verhalten sich der amerikanische Flußkrebs und die gigantischen Doldenstauden an den Ufern unserer einheimischen Bäche genauso wie der eingeführte Waschbär, die eingeflogenen Kormorane oder – die eingeschleusten oder auch legal oder illegal immigrierten Fremdkulturellen. Wem das als ein unmenschlicher Vergleich erscheint, möge sich durch die Wirklichkeit überraschen lassen, wenn er denn der Wissenschaft keinen Glauben schenken will. Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, daß es durchaus auch zum sozialpsychologischen Grundwissen gehört, daß eine religiöse oder politische Verblendung den Blick soweit zu trüben imstande ist, daß selbst Wissenschaft und Wirklichkeit keine Überzeugungskraft mehr

genießen. Das scheint auf die politische Klasse der Bundesrepublik zuzutreffen, ebenso aber auf die Bergpredigt – besessenen christlichen Theologen. Muselmanische Theologen kämen gar nicht auf den Gedanken, ihre Gläubigen zum Gegenstand und Opfer von fremdkultureller Einwanderung zu machen.

Das zweite zu beachtende Phänomen ist sodann, daß es zu einer Dislozierung der einheimischen Population kommt, falls sie nicht vernichtet oder versklavt wird. Im Klartext: Über die Zwischenstufe der Ghettobildung für die Fremdkulturellen kommt es zum örtlichen Ausweichen der Autolochtonen. D.h. besonders aus dem urbanen Bereich wandern zunächst die Älteren ab in den ländlichen Sektor, dann auch ihre Kinder und Kindeskinder. Für diese Phase gilt es Vorsorge zu treffen: Aneignung landwirtschaftlicher Kenntnisse, ferner von architektonischen Maßnahmen schließlich, von Verteidigungsstrategien.

Bevor oder während sich die urbanen Zentren dergestalt von Autochtonen entleeren – wobei sich selbstverständlich auch deren Kenntnisse und ihr Genius fortbewegen – kommt es zur politischen Machtübernahme der Fremdkulturellen in den Städten. Damit verbunden ist der allmähliche Zusammenbruch des loyalen Beamten- und Angestelltenapparates, der öffentlichen Haushalte, des Finanzwesens, der Energie- und Wasserversorgung. Daß dies nicht abrupt vor sich gehen wird, liegt auf der Hand, aber der Vorgang ist unabwendbar. Das Vertrauen in die Politiker- und Beamtenkaste wird dramatisch abnehmen, die Rechnungshöfe geben angesichts des Vorbildes ihrer Chefetagen auf, daraufhin werden die Steuern erhöht, die Güter verknappt und es leitet sich eine nie dagewesene Inflation ein.

Industrie und Gewerbe brechen ein, die Banken beachten ihre Mindestreservesätze nicht mehr, die Offenmarktpolitik wird nicht mehr nach Maßstäben von Güter- und Geldbedarf abgewickelt, sondern nach Ukas und Gutdünken. Eine Welle des Unmuts brandet durch die Bevölkerung. Regierungen werden gestürzt und die Nachfolgeregierungen – mit großen Erwartungen begrüßt – werden wie in Afrika, Südamerika, Asien und dem Vorderen Osten so weiter machen wie ihre Vorgänger: Nach Willkür, Gutdünken, Nepolismus und mit Polizeistaatenmethoden. Demgegenüber wird die autochtone Bevölkerung, das alte Volk also, aufgeben wie die Indianer, untergehen wie die Katharer und Albigenser oder kämpfen wie die Palästinenser. Viel daneben oder dazwischen wird es nicht mehr geben. Und wer meint, die Immigranten würden sich schon ändern, täuscht sich ungemein. Sie werden die Einheimischen, die autochtone Bevölkerung, verändern. – Wir müssen also noch viel lernen. Besser, man kämpft jetzt schon!

Werner Keweloh

Wo bleiben die Bedürfnisse der Kinder?

Liebesentzug als Programm

Wenn heutzutage davon die Rede ist, daß unser Land familien- und kinderfreundlicher werden muß, beschreiben sehr viele Politiker und Journalisten die Auflösung der Familie: Kinderbetreuung rund um die Uhr und jetzt auch noch für Säuglinge und Kleinstkinder. Hier wird der staatlich organisierte Liebesentzug und die seelische und gesundheitliche Schädigung vor allem von Klein- und Kleinstkindern zum Programm erhoben.

Es liegt umfangreiches Material über die Folgeschäden von Kindern der DDR und in den ehemaligen Ostblockstaaten vor. Lenin propagierte zur Befreiung der Frau die massenkollektive Erziehung. Dazu schrieb der Kinderarzt Prof. Pechstein schon 1990: „Dieser ideologische Kurzschluß ... verleitete jenen Staat dazu. die Menschenrechte der Kinder zu verfälschen und massiv zu beschneiden. Auf dem Altar dieser Ideologie wurden wesentliche kindliche Lebensansprüche unter Inkaufnahme manifester Gesundheitsgefährdung bedenkenlos geopfert."

Was hat es mit Familie zu tun. wenn die Kinder aus ihr herausgenommen werden? Und begreifen werde ich mein Leben lang nicht. warum alle Frauen mit einem Kleinstkind Geld verdienen sollen, um damit eine Tagesmutter bezahlen zu können, die dafür eine Aufgabe übernimmt, die von der Mutter selbst sehr viel besser geleistet werden kann. Frauen, die fremde Kinder betreuen und erziehen, stehen höher im Kurs als die Mütter, die sich um ihre eigenen Kinder kümmern?

Kleinstkinder und Säuglinge aus der Familie herauszunehmen ist die moderne Folter unserer Zeit. Da geht es den Kindern im afrikanischen Busch, die von ihren Müttern auf den Rücken gebunden werden, besser, als unseren Kindern im sogenannten Wohlfahrtsstaat.

Der Wunsch junger Frauen mit guter Ausbildung nach Berufstätigkeit ist verständlich, aber nicht umsetzbar da nur unter völliger Hintanstellung kindlicher Bedürfnisse und Notwendigkeiten in den ersten Lebensjahren. An dieser Stelle müßte der Staat helfend eingreifen, dort wo es nötig ist. Das käme bedeutend billiger als Krippenplätze und das Kind wäre dem Menschen nahe, von dem es geliebt wird. Weder eine Tagesmutter noch eine Erzieherin in der Krippe können die Liebe der Mutter und die Geborgenheit der Familie ersetzen.

Der Mensch ist auf Liebe angelegt. Die Persönlichkeitsentwicklung wird durch Liebe besser geschützt. Die notwendige Trotzphase im zweiten Lebensjahr ist nur möglich, wenn vorher eine Bindung da war, von der man sich ablösen kann. Defizite aus dem ersten Lebensjahr sind irreversibel. Wenn die Sturmzeit der Pubertät kommt, haben diese Kinder keine Gegenwehr. „Entmutterung der Mutter" nennt das Christa Meves. Die Folgen sind Verhaltensstörungen, Aggressivität.

Schulversagen, Eßstörungen, Depressionen, Drogen, Alkohol, Nikotin und Frühsexualisierung. Das schlechte Gewissen der Mütter bzw. der Eltern führt häufig zur massiven Verwöhnung, Überhäufung mit Spielzeug und Geld, Dinge, die alle nichts mit Liebe zu tun haben.

Die Einrichtung von Krippen und Krabbelstuben ist nicht nur eine unmenschliche, sondern auch eine verlorene Investition, sie wird millionenfache Folgekosten nach sich ziehen. Die Kinderärzte schlagen längst schon Alarm, weil Verhaltensstörungen bei Kindern immer häufiger auftreten.

Der Auflösungsprozeß der Familie darf nicht als unaufhaltbares Übel hingenommen werden! Den Kindern zuliebe muß gegengesteuert werden!

Gigi Romeiser

Zum Staatsbesuch von Bundespräsident Köhler in Polen

Bundespräsidialamt
z. Hd. Herrn Köhler
Spreeweg 1
11010 Berlin

Ihr Staatsbesuch in Polen

Haselhorst, den 24.07.04

Guten Tag Herr Köhler,

ich bin schon vieles gewohnt von deutschen Politikern, Politikern, die auf Grund ihres Alters und Ihrem (von mir vorauszusetzenden) Wissen um die wahren Sachverhalte der jüngeren „Deutschen Geschichte“ besser unterrichtet sein müßten, als unsere schulisch unterentwickelte Halbstarkengeneration heutzutage. Deshalb überrascht es mich, wie Sie in Ihrer „Heimat“ in Polen dreist behaupteten, die Geschichte wird nicht mehr umgeschrieben. Wie Sie in undemokratischer Verhaltensweise den Vertriebenen, als den (Augen)-Zeugen jener Zeit anraten können, doch endlich die „historische Tatsache“ zur Kenntnis zu nehmen, wonach Deutschland den massenmörderischen Zweiten Weltkrieg angezettelt hat. Ja wo leben sie denn Herr Köhler? Etwa auf dem Mond, wo es sich noch nicht herumgesprochen hat, daß der amerikanische Präsident und seine Hintermänner zu diesem zweiten Vernichtungskrieg gegen Deutschland aufgerufen haben? Um Ihr mangelndes Wissen zu beseitigen, sollten Sie einmal nachschlagen in „The Forrestal Diares“, New York 1951. Dort werden Sie auf Seite1211 lesen, was ich Ihnen im vorhergehenden Satz aufgezeigt habe, und noch vieles aufschlußreichere mehr. (siehe auch S. 9 dieser Ausgabe)

Ich kann mir, Herr Köhler, schwer vorstellen, daß Sie über die „wahren“ Ursachen der Ereignisse der 30er Jahre in Unkenntnis leben. Aus den beiliegenden Ablichtungen können Sie erkennen, daß Polen es war, das die unendlichen Bemühungen der Reichsregierung um eine friedliche Beilegung der in Versailles geschaffenen deutsch-polnischen Probleme mit der Generalmobilmachung beantwortete schon am 31 August 1939 in deutsches Reichsgebiet einfiel und mit seiner Artillerie deutsche Orte beschoß, bevor die Deutsche Wehrmacht am 1. September 1939 ab 4.45 Uhr mit einem entsprechenden militärischen Gegenschlag antwortete.

Im heutigen Polen wird der Kriegsausbruch vom 1. September1939 dargestellt, als wäre ein politisch völlig „unschuldiges“ ahnungsloses, friedfertiges kleines Land von dem übermächtigen deutschen Nachbarn, gewissermaßen wie ein Blitz vom heiteren Himmel überfallen worden, wobei bei dieser heuchlerischen Lüge absichtlich übersehen wird, daß Polen sich seit dem März 1939 in eine ständig anwachsende Kriegsstimmung hineinsteigerte, von einer polnischen Zeitung sowie von den Kirchenkanzeln herab betriebenen Deutschenhetze salbungsvoll gefördert. (s. Anlage Ward Hermanns, belgischer Journalist, „Polen vor dem Krieg“. Englands Garantieerklärung ermunterte die größenwahnsinnigen polnischen Militärs geradewegs dazu, einen Krieg mit dem Deutschen Reich anzufangen. Die Qualität ihrer polnischer Soldaten hoben sie in den Himmel, die deutsche Militärausrüstung bezeichneten sie als minderwertig. Diese Fehleinschätzung ließ sie von einem Marsch auf Berlin (Grünewald)und einer vernichtenden Niederlage der Deutschen träumen. Das sind wahre „historische Tatsachen“, Herr Köhler – auf kleine Nenner gebracht!

Eine undemokratische Handlungsweise sehe ich darin, wenn von „oben herab“ gestandenen deutschen Staatsbürgern ein Geschichtsbild aufgezwungen werden soll, das sich längst schon als eine Geschichtsfälschung herausgestellt hat, das dem sogenannten Geschichtsbild der Sieger entspricht und sich gar dazu herabläßt, denjenigen, die Ihre sonderbare Geschichtsauffassung nicht teilen, als Verblendete in aller Öffentlichkeit hinzustellen.

Da Sie Ihren Vorgängern in Sachen Geschichtsfälschung in Nichts nachstehen, können Sie auch nicht mein Bundespräsident sein.

Ich kann Ihnen aber versichern, daß die deutsche Geschichte doch umgeschrieben werden wird.

Wie sagte doch Johannes Groß 1989 so treffend: „Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewußtseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draußen.“

Mit der Ihnen gebührenden Achtung grüßt
Heinrich Banse

Buchbesprechungen

Die Bundesrepublik: Doch ein deutscher Sonderweg – und worin besteht er?

Nach offizieller Lesart ist mit der 1949 aufgrund der Interessenlage der westlichen Besatzungsmächte begründeten Bundesrepublik Deutschland der „deutsche Sonderweg" überwunden und die „Verwestlichung" Deutschlands erreicht worden. Die umfangreiche „Analyse der Herrschaftsordnung in Deutschland" (so der Untertitel des hier besprochenen Werkes) des Juristen und Publizisten **Josef Schüßlburner**, macht jedoch deutlich, daß die Bundesrepublik doch einen deutschen Sonderweg darstellt und zwar einen „Demokratie-Sonderweg". Dieser Befund wird in einem offiziellen Grundgesetz-Kommentar sogar zugegeben, weshalb es nach amtlicher Meinung des Bundesverfassungsgerichts also kein Zufall sei, „daß die liberalen Demokratien des Westens ein Parteiverbot entsprechend Art. 21 Abs. 2 GG nicht kennen, wie es auch der deutschen Reichsverfassung von 1919 ... fremd war".
Die Besonderheit des bundesdeutschen Parteiverbots liegt darin, daß es in erster Linie gar kein Organisationsverbot darstellt, das legitimerweise den gewaltsamen Verfassungsumsturz verhindern will. Vielmehr wird mit dem Verbot von Parteien wegen einer als illegitim angesehenen Programmatik mit zeitlich unbefristeter und strafrechtlich sanktionierter Wirkung ein staatliches Ideenverbot ausgesprochen, das man eigentlich nur von autoritären Regimes her kennt. Von allen Staaten des Europarates gleicht, wie der Verfasser detailliert nachweist, nur die Verbotskonzeption der kemalistischen Türkei dem bundesdeutschen Demokratiemodell. Die Rechtfertigung dieses Verbotskonzepts, das den Kern des bundesdeutschen Demokratie-Sonderwegs darstellt, besteht letztlich in der Verhinderung der Wiederwahl von Adolf Hitler, dessen Charme die Deutschen nach der amtlichen Konzeption wieder erliegen würden, dürften sie so frei abstimmen wie dies in den Lehrbüchern der Demokratie vorausgesetzt wird.
Da gegen den politischen Pluralismus gerichtete Parteienverbote jedoch zu offensichtlich im Widerspruch zur westlichen Demokratiekonzeption stehen, werden sie nach Möglichkeit vermieden. An deren Stelle treten Verbotssurrogate, nämlich die geheimdienstliche Gedankenkontrolle gegnerischer Parteien. Die geheimdienstlichen „Erkenntnisse" führen insbesondere im öffentlichen Dienstrecht zu Verfolgungsmaßnahmen (Bedrohung der wirtschaftlichen Existenzgrundlage) wegen falscher „Argumentationsmuster", „Menschenbilder" oder „Ideen" etc. mit dem Zweck, außerhalb des Kartellparteiensystems stehende Parteien um Mitglieder zu bringen, die sie den Wählern anbieten könnten. Nicht zuletzt dadurch wird die Sperrwirkung der harmlos erscheinenden 5%-Klausel des Wahlrechts bei gleichzeitigem Plebiszit-Verbot ins Unüberwindliche erhöht.
Um diesen Parteiverbotsersatz durchsetzen zu können, wird die Meinungsfreiheit für unerwünschte Meinungen durch die sog. „Schaukeltheorie" gegenüber der nach der Weimarer Verfassung übernommenen Lehre erheblich vermindert, während sie für erwünschte Auffassungen etwa durch die weitgehende Beseitigung des Ehrenschutzes erweitert wird. Das Bundesverfassungsgericht hat dazu die Grundrechte als „objektive Wertordnung" erkannt, mit der Konsequenz, daß bei Bedarf alle möglichen „Werte" der Meinungsfreiheit entgegengehalten werden können: Der Bürger kann dann als „Verfassungsfeind" die „Verfassung" verletzen, ohne ein positives Gesetz verletzt zu haben.
Eine „Verfassung" (gemeint: das Grundgesetz), die man durch bloße Worte verletzen kann, wird aber unweigerlich zu einem staatsreligiösen Dokument, welches durch eine Art Religionspolizei, Verfassungsschutz genannt, „geschützt" werden kann. Der Verfasser widmet insbesondere der Entwicklung, die zu Ansätzen einer bundesdeutschen Staatsreligion führt, welche um die „Bewältigung" kreist, breiten Raum. Durch die Ideologisierung des Verfassungsrechts wird demokratische Volkssouveränität durch eine theokratieähnliche „Verfassungssouveränität" abgelöst, welche sich nicht nur zu einer Gefährdung der Religionsfreiheit entwickelt, sondern auch die internationale Einbindung der Deutschen erleichtert.
Diesem Aspekt mißt der Verfasser ebenfalls große Bedeutung zu, weil die Bestimmung des „Verfassungsfeindes" seit Beginn der Bundesrepublik weitgehend der Interessenlage der Hauptsiegermächte entsprochen hat, deren Anliegen in VS-Berichten Verfassungsrang eingeräumt wird. Seit dem Untergang des Kommunismus geht es, trotz regional hoher Stimmenzahlen für die ehemalige kommunistische Diktaturpartei PDS, wie schon zur Zeit des formellen Besatzungsregimes nur noch „gegen rechts".
Der Verfasser beläßt es nicht bei einer kritischen Darlegung, sondern macht in einer umfassenden Weise konkrete formelle und inhaltliche Vorschläge zur Überwindung des bundesdeutschen Sonderweges, die für oppositionelle Strömungen zu Programmpunkten werden sollten. Die volle Verwirklichung des westlichen Demokratiekonzepts mag über Art. 146 GG zur Ablösung des juristisch unzulänglich formulierten Grundgesetzes führen oder auch – je nach Mehrheitsentscheid der Deutschen – zu seiner Bestätigung nach wünschenswerten Änderungen. Dabei gilt es vor allem, die bundesdeutsche Parteiverbotskonzeption durch eine Regelung zu ersetzen, wie sie etwa in der Verfassung des freien Königreichs Dänemark enthalten ist: Verboten werden, können bei zeitlicher Befristung nur solche Parteien, die sich rechtswidriger Mittel des Machterwerbs bedienen.

Josef Schüßlburner, Demokratie-Sonderweg Bundesrepublik Analyse der Herrschaftsordnung in Deutschland. 800 Seiten, ISBN 3-937807-00-4, Preis: 39,80 Euro, Lindenblatt Media Verlag, 2004

Ein Sumpf ohne Ende

Der Journalist Jürgen Roth hat in einem Buch über die Korruption im Wirtschaftssystem Deutschland zum Thema „Nepotismus als gewachsenes System der Demokratie“ Stellung genommen: „... Manchmal wird massiver Druck ausgeübt, Verfahren nicht zu eröffnen und Ermittlungen einzustellen, wenn politische und wirtschaftliche Würdenträger involviert sind. Der Trick dabei: Finanzielle Ressourcen, die notwendig sind, um entsprechende Verfahren führen zu können, werden GEKAPPT. ... Wenn bei einem Ermittlungsverfahren die Erfolgsaussicht unter 50 Prozent liegt, werden in einigen Bundesländern, bedingt durch die knappen finanziellen Ressourcen, überhaupt keine Ermittlungen mehr geführt. ... Fakt ist: Es wird - von Ausnahmen abgesehen - alles getan, damit die kriminalistische Arbeit zu rein administrativen Verwaltungstätigkeiten verkommt. Das führt inzwischen zur flächendeckenden Frustration und inneren Emigration vieler engagierter Polizeibeamten.“ Roth zitiert u.a. die Aussage eines Beamten des BKAs, der sich in seinem Amt wie in einer Gummizelle vorkäme. Auch von „Gesetzes-Ungehorsam“ der Justiz ist die Rede. So erwähnt Roth, daß auf einer Taguung des Bundes Deutscher Kriminalbeamter der schwere Vorwurf erhoben und an vielen Beispielen belegt worden sei, daß die Justiz und Staatsanwaltschaft sich weigere, Kriminalität wirksam zu ahnden mit dem Ergebnis, daß hochkarätige Verbrecher ungehindert agieren können, Wirtschaftskriminalität nicht mehr oder nur unzureichend verfolgt würde und kriminelle Größen nicht angetastet würden. So habe ein Staatsanwalt geklagt: „Lieber wird bei uns ein Verkehrssünder verfolgt, den wir mit der vollen Härte des Gesetzes bestrafen, als ein Wirtschaftsverbrecher.“ Ein Sumpf ohne Ende!

Akatshi Schilling & Uwe Dolata (Hg.): Korruption im Wirtschaftssystem Deutschland. Jeder Mensch hat seinen Preis, Mankau-Verlag

Deutschland hassen!?

Die Anti-Deutschen: AK Antifa Potsdam, Junge DemokratInnen / JungeLinke Brandenburg, Autonome Antifa Frankfurt/Oder und Initiative gegen Antisemitismus Berlin“ haben im Weltnetz (www.antifademo.tk) zu einer Demonstration aufgerufen gegen **Horst Mahler** und **Jörg Schönbohm** sowie für die **Jüdischen Rückübereignungsansprüche** für den 11. September 2004.

Sie wollen „Hausbesuche“ machen.

In dem eingeblendeten Bild im Internet steht groß

„Deutschland hassen
Solidarität mit Israel für den Kommunismus“
ANTIFA DEMO“.

Wer Deutschland haßt, der haßt also auch die Deutschen, also auch die Brandenburger und die Kleinmachnower. Außerdem stellen diese Chaoten fest, daß sie den US-amerikanischen Globalismus lieben und die Entschädigungsenteignungen für Juden fördern wollen.

Sind das Verrückte oder Verbrecher?

Wir fragen alle Deutschen: Wollen sie unser schönes Land seinen Todfeinden und deren nützlichen Idioten überlassen?

In dieser Droh-Ankündigung wird überdeutlich gemacht, wo diese Antifa-Gruppen stehen. Wer sich mit ihnen gemein macht, ist ein Volksverräter. Die Polizei muß sich endlich von antideutschen Empfehlungen und Auflagen befreien. Sie macht sich strafbar, wenn sie weiter mit äußerster Brutalität gegen junge Deutsche vorgeht, die ihr Deutschland erhalten wollen. Nicht diese sind der Feind, sie sind auch nicht der Feind der Polizei, sondern unser aller Feinde sind die Deutschenhasser.

Jeder Staatsdiener, ob Polizist, Lehrer, Verwaltungsbeamter, Richter oder Minister muß sich der Frage stellen: Bin ich Deutschland und dem deutschen Volk verpflichtet oder will ich weiter Handlanger und nützlicher Idiot der Feindmacht sein.

Das Gartenfest

Horst Mahler hat auf die Ankündigung der Antifa mit einem Gartenfest reagiert. Wir waren wahrscheinlich dreimal soviele Deutschlandliebende wie Demonstranten, die sich ungestört zu einem heiter-besinnlichen Gartenfest versammelt hatten. Nicht nur Berliner kamen, sondern z.T. von weit her Angereiste.

Horst Mahler wies dabei eindrücklich darauf hin, daß es sich bei diesen jungen Menschen der Antifa in der Mehrheit um irregeleitete und mißbrauchte junge Deutsche handele, die als Opfer zu betrachten sind und unsererseits daher nie mit Haß verfolgt werden können.

Die Polizei hatte verboten, vor dem Haus zu demonstrieren (wohl ebenso wie vor dem Hause Schönbohms), sodaß wir nur aus den Berichten einiger Junger, die sich trotz großen Polizeiaufgebots den Demonstranten nähern konnten, erfuhren, daß es weit weniger als 50 Personen waren. Nach dieser großartigen Ankündigung im Internet usw. kann man nun wohl sagen, daß die Antifa im Sterben liegt.

Wir wurden an das Goethe-Wort erinnert, vom Teufel, der „stets das Böse will und stets das Gute schafft“. Denn wir verdanken diesen wirklich gelungenen und auch alle ermutigenden gemeinsamen Nachmittag der ANTIFA-DEMO.

Auch der Wettergott war ganz eindeutig auf unserer Seite. Zwischen einem verregneten Vormittag und einem Regenguß am Abend schenkte er uns einen sonnigen, warmen Nachmittag. **UH**

Bush autorisierte die Elfte-September-Attacke 2001

Unsere Leser werden sich erinnern: Bereits in der Nummer 6/2001 der „Stimme des Gewissens" brachten wir folgenden Satz: **„Lyndon H. LaRouche hat in einem Radiointerview am 12. September 2001 mit dem Sender WGIR im Bundesland New Hampshire gemeint, daß es sich gar nicht um einen terroristischen Akt handele, sondern jene Leute nur einen ‚simulierten Pearl-Harbor-Effekt' hervorrufen wollten, um die USA in einen Krieg gegen Länder des Mittleren Ostens zu treiben."** (LSI 6/2001, Seite 12)

Jetzt erklärt ein angesehener Rechtsanwalt und Vertreter von etwa 400 Angehörigen der Opfer des 11. September: **„Dieser 11.9. war geplant. Es war eine von der Regierung angeordnete Operation. Bush unterzeichnete den Befehl persönlich. Er autorisierte diesen Angriff selber. Er ist schuldig des Verrates und Massenmordes."** (Stanley Hilton)

Trotz Bedrohung, Einbruch in seine Büroräume und öffentlicher Verunglimpfung bleibt Hilton standhaft. Er will Bush verklagen vor einem ordentlichen Gericht, denn er hat jetzt die Beweise.

Aber er weiß, wie gefährlich seine Unternehmung ist, denn nach der Definition von Bush kann jeder zum Terroristen erklärt werden, der sich unbeliebt macht. Hilton sagt in diesem Interview weiter: **„Die Ironie ist, daß die Nummer eins aller Terroristen in der Welt heute im Weißen Haus, in seinem ‚oval office' sitzt."**

Er weist auch darauf hin, daß halb New York glaubt, daß die US-Regierung hinter dem 9.11. steckt, daß z.B. ein deutscher Verteidigungsminister (Scharping) und ein deutscher Technologieminister (v. Bülow) dies seit langem äußerten.

Das ganze Interview vom 17.09.2004, allerdings bisher nur in englisch, ist zu finden:
http://www.rense.com/general57/aale.htm

Lieber Leser, wenn Sie bis hierher die Ausgabe 5 der „Stimme des Gewissens" gelesen haben, dann werden auch Sie sich fragen: „Was kann ich tun? Meine Kräfte sind zwar schwach, aber untätig will ich nicht länger bleiben, es steht unser aller Schicksal auf dem Spiel, denn Hilton sagt unmißverständlich, wenn wir diesen Hauptterroristen nicht stoppen, wird er morgen ein noch viel schrecklicheres Terrorszenario aushecken, ihm sei alles zuzutrauen.

Ursula Haverbeck

250 tapfere Polizisten im Einsatz gegen die Ringelblumensalbe

Vormittags um zehn rückten die Polizisten an – mit Gesichtsmasken und Schutzwesten. Etwa 250 Beamte umstellten den St.Michaels-Hof in der Nähe von Aichstetten bei Leutkirch im Kreis Ravensburg und durchsuchten rund fünf Stunden lang das Anwesen. Türen seien eingetreten und Anwesende brutal zu Boden gestoßen, gefesselt und beschimpft worden, berichten die Bio-Bauern. Blutergüsse und Prellungen waren die Folge, bescheinigt mit ärztlichen Attesten.

Anlaß für die Durchsuchung: Verdacht auf Verstöße gegen das Arzneimittelgesetz. Alles dreht sich um ein Körpertonikum und ein Nasenerholungsbalsam aus Ringelblumen und anderen Pflanzen von den Kräuterbeeten des St.Michaels-Hofs – angeboten auf den Märkten bis nach München und auch im Internet. Weil für die Nasensalbe mit dem Hinweis „Atem frei" geworben wird, soll die Mixtur ein zulassungspflichtiges Arzneimittel und damit nicht mehr frei verkäuflich sein. Beim Amtsgericht Lindau läuft deswegen bereits ein Bußgeldverfahren.

Ob das den Ravensburger Ermittlern bekannt war, bezweifeln die Bio-Bauern. Nachfragen habe es erst nach der Durchsuchung gegeben. Außerdem richtete sich der Durchsuchungsbeschluß des Amtsgerichtes Leutkirch nicht gegen die Salbenhersteller, die St.Michaels-Hof GbR, sondern gegen den Landwirt, der die Pflanzen anbaut. Ein Sprecher der Polizeidirektion Ravensburg verteidigte das Vorgehen der Beamten. Die Hofbewohner hätten „massiven Widerstand" geleistet. Gegen mindestens fünf Personen werde deswegen ermittelt. Die vielen Beamten seien gebraucht worden, weil das Anwesen so groß sei. Und auch Waffen seien beschlagnahmt worden. Außerdem sei der Wirtschaftskontrolldienst 2003 einfach abgewiesen worden, als er die Salbenherstellung kontrollieren wollte. Die Bio-Bauern kontern: Der Wirtschaftskontrolldienst sei damals aufgekreuzt, als der Landwirt nicht da war und die Salben mitten im Sommer nicht produziert wurden. Verärgert über die Abweisung, habe der WKD-Beamte jedoch schon damals „das ganz große Programm" angekündigt.

Und die Waffen? Ein Luftgewehr, eine Gotcha-Luftdruckpistole und eine Messersammlung, so die Bewohner des St.Michaels-Hofs, mehr nicht. Die Ermittlungen seien noch nicht abgeschlossen, sagte der Ravensburger Oberstaatsanwalt Gerhard Schurr auf Anfrage. Anzeigen gegen Polizeibeamte seien bisher nicht eingegangen. Immerhin: „Wir überprüfen die Vorwürfe."

Der Landtagsabgeordnete Oelmayer ist sich sicher: der schätzungsweise 70.000 Euro teure Polizeieinsatz sei ein „grandiose Überreaktion" der Behörden auf fragwürdige Gerüchte aus der Umgebung des Bio-Hofs gewesen. Im tiefsten Oberschwaben könne man eben schnell in die Sektenecke gedrängt werden, meint eine Bewohnerin des St.Michaels-Hofs. Wenn sechs Familien gemeinsam leben und wirtschaften und wenn die nach biodynamischen Grundsätzen erfolgreich einen Hof betreiben, dann sei das wahrscheinlich vielen suspekt.

entnommen Badische Zeitung vom 09.03.2004

Himmelsbeobachter

Für die vielfachen Berichte bzw. Einsendungen sogar mit Bildern zu den Chemtrails, die von den einzelnen Lesern beobachtet wurden, herzlichen Dank. Wir haben sie weitergeleitet. Für alle Leser die Mitteilung, daß es flächendeckend in der Bundesrepublik diese Beobachtungen gibt, und daß es jetzt wirklich außer Zweifel steht, daß hier eine Veränderung am Himmel, und damit auch am Klimageschehen erfolgt, deren Nebenwirkungen und Folgeerscheinungen völlig unerforscht sind.

Falls sich ein Chemiker unter unseren Lesern befindet, wären wir dankbar für eine Mitteilung, ob es bereits Untersuchungen über die gesundheitlichen Auswirkungen dieser Metalloxide gibt, kurzfristig und langfristig, auch auf Pflanzen.

Wichtig: Erkundigen Sie sich bei den lokalen Umweltbeauftragten nach Chemtrails.

Die Redaktion





Einladung zum Seminar vom 15.-17. Oktober 2004,

vorzüglich für tätige Reichsbürger

Vom Reichsgedanken zur Reichsordnung

Dies Seminar schließt sich unmittelbar an das Seminar „Das Ringen um die Staatsidee Teil I" an.
Bernhard Schaub: „Mythos und Wirklichkeit des Reiches"
Horst Mahler: „Die zukünftige Reichsordnung"
Am Sonnabendabend, dem 16.10.: Rundgespräch über Zellengründung und Vernetzung innerhalb der Reichsbürgerbewegung.

Das Seminar beginnt am Freitag, den 15. Oktober um 18.00 Uhr mit dem Abendessen und endet am Sonntag, den 17. Oktober um 13.00 Uhr mit dem Mittagessen.

Einladung zur Mitgliederversammlung des VRBHV am 12.-14. November 2004 unter dem Thema

Demokratie und Deutsche Freiheit

Einführung am Freitagabend: Kritik des Egalitarismus (**Pierre Krebs**)

Am Sonnabendvormittag: Die Tyrannis der Offenkundigkeit - Die Wirklichkeit des § 130 StGB (**Udo Walendy**)

Die eigentliche Mitgliederversammlung mit ihren Regularien findet am Sonnabendnachmittag ab 15 Uhr statt.

Einzelheiten bitte beim Collegium Humanum (Anschrift siehe Impressum) erfragen. Anmeldeschluß ist der 11.10.2004 bzw. der 01.11.2004 für „Demokratie und Deutsche Freiheit".

Pressemitteilung der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) anläßlich der EU-Osterweiterung

Ab dem 1. Mai 2004 sind zehn mittel- und osteuropäische Staaten Neumitglieder der EU. Darunter befinden sich auch Länder, die sich in den Jahren 1945 – 49 geschichtlich einzigartig Vertreibungsverbrechen an Deutschen schuldig gemacht haben und den Opfern bis heute eine umfassende Wiedergutmachung verweigern.

Angesichts der billigenden Hinnahme des Raubsicherungsverhaltens dieser Täterstaaten durch Brüssel, die in der „Eigentumsordnungsgarantie" das Art. 295 des Amsterdamer Vertrages vom 02.10.1997 ihren sichtbarsten Ausdruck findet, sieht sich die Junge Landsmannschaft Ostpreußen veranlaßt zu erklären,

- daß das Völkerrecht über dem EU-Recht steht,
- daß die ostdeutsche Frage somit auch nach dem 1. Mai 2004 unverändert offenbleibt,
- daß deutsche Heimatvertriebene, die ihre Rechtsinteressen einzelnen Vertreiberländern gegenüber auf gerichtlichem Wege durchzusetzen versuchen, die Unterstützung der JLO finden,
- daß Staaten oder Staatengemeinschaften, die weiterhin unberechtigte Ansprüche auf fremdverwaltetes deutsches Eigentum erheben, unterstützen oder billigend hinnehmen, als Dauervölkerrechtsverbrecher auch künftig jeder Glaubwürdigkeit als Rechtsstaaten bzw. Rechtsgemeinschaften entbehren.

Dirk Pott, stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen e.V. am 20.04.2004

Zu unseren Kriegstoten:

Sie haben ihr Leben und Sterben dem Vaterland geweiht - und wußten nicht welchen Erben und welcher Erbärmlichkeit.

(Reuhte)

Im Juni 1941 wurde von den Engländern der deutsche Geheim-Code „Enigma" entschlüsselt, so daß alle deutschen Vorhaben zu Lande, zu Wasser und in der Luft den Alliierten bekannt waren. (Britisch Intellingence in the Second World War) Ein deutscher Sieg war damit ausgeschlossen.

Bezug der „Stimme des Gewissens"
Lebensschutzinformation - LSI

Wer sich regelmäßig über Lebensschutzfragen unterrichten möchte, erhält bei Rücksendung dieses ausgefüllten Abschnittes und einer Mindestspende von EUR 17,- als Dank die „Stimme des Gewissens" für ein Jahr zugesandt.

Ich ______________________________
(Name)

____
(Anschrift)

habe EUR __________ überwiesen und bitte um Zusendung der STIMME DES GEWISSENS.

____
(Datum) (Unterschrift)

Bitte rücksenden an:
Collegium Humanum e.V.
STIMME DES GEWISSENS
Bretthorststraße 204
32602 Vlotho.

Kopieren Sie bitte Ihnen wichtig erscheinende Beiträge. Geben Sie sie weiter an Freunde und Interessenten! Quellenangabe erwünscht!

Werben auch Sie fördernde Mitglieder für den Verein Collegium Humanum und neue Leser für die STIMME DES GEWISSENS!



Abdruck mit Quellennachweis erwünscht.

Herausgeber, Verleger: Collegium Humanum e.V. (vormals WSL-D), Bretthorststraße 204, 32602 Vlotho, Telefon: 05733 / 73 30
Bankverbindung: Volksbank Bad Oeynhausen, Kto.-Nr. 7815556300 (BLZ 494 900 70)
Schriftleitung: Ernst-Otto Cohrs, Postfach 11 65, 27341 Rotenburg/Wümme, Tel. + Fax: 04261 / 31 06
Bezugsgebühr: jährlich 17,- EUR. Erscheint 6 x jährlich (alle 2 Monate)
Druck: DEPPE-DRUCK GmbH, Herforder Str. 40, 32602 Vlotho, Telefon: 05733 / 87 18-250, Fax: 05733 / 87 18-255

Jeder Autor zeichnet für seinen Beitrag selbst verantwortlich. In einem demokratisch verfaßten, eingetragenen Verein gibt es keinen Zensor.

Bundestag dankt USA für Marshallplan-Hilfe

Bonn (rtr). Politiker aller Parteien haben am Donnerstag im Bundestag dem amerikanischen Volk für die Wiederaufbauhilfen nach dem Zweiten Weltkrieg gedankt. Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) sagte, der vor 50 Jahren ins Leben gerufene Marshall-Plan sei ein Dokument der Weisheit und Großherzigkeit des amerikanischen Volkes. Im Rahmen des Marshall-Plans waren in den Jahren 1948 bis 1952 über 13 Milliarden Dollar an 18 westeuropäische Staaten geflossen. **Hannoversche Allgemeine Zeitung v. 13. 6. 1997**

50 Jahre Marshallplan – Eine Perversion der Dankbarkeit

Vorher galt der Morgenthauplan. Roosevelt erwirkte für diesen Plan seines Freundes Morgenthau die Zustimmung Stalins und Churchills. Er sah die Verwandlung des Deutschen Reiches in einen Kartoffelacker vor, ohne Fabriken, ohne Industrie. 40 Millionen Deutsche waren trotz der hohen Kriegs- und Nachkriegsverluste noch zuviel. Sie sollten verhungern – wie damals, 1918, durch die britische Hungerblockade.

Um etwas derartiges Unmenschliches durchzusetzen, wurde von Roosevelt bereits 1943 die Bedingungslose Kapitulation gefordert, ein Rückfall in mittelalterliche Methoden, um einen besiegten Gegner völlig rechtlos zu machen. Sodann setzte bei Kriegsende eine massive Lügen- und Hetzpropaganda gegen das deutsche Volk ein, um Verständnis bei der Weltbevölkerung für den Morgenthauplan, die Vertreibung und Tötung von Millionen Deutschen zu erwirken, eine Propaganda, welche die Deutschen nach dem Krieg als historisch erwiesene und offenkundige Tatsachen anzuerkennen gelernt haben.

Nun begann das große Plündern. Russische, französische, amerikanische und englische Soldaten nahmen sich, wie Söldner im 30-jährigen Krieg, was ihnen im zur Plünderung freigegebenen Deutschland gefiel: Uhren, Schmuck, Frauen, Fahrräder, Radios usw. usf. Die Besatzungsmächte suchten in dem verbliebenen Trümmerfeld nach Maschinen, Apparaten und ganzen Industrieanlagen und brachten sie in ihre Heimatländer. Wenn in Rußland über den Verbleib von 3 Millionen geraubten deutschen Kunstschätzen verhandelt wird, kann man sich ausmalen, was insgesamt geraubt wurde. Allein diese unbezahlbaren Werte gehen in viele Milliarden.

In den letzten Wochen des Krieges haben noch viele Länder Deutschland den Krieg erklärt. Als Nutznießer der Bedingungslosen Kapitulation durften sie zumindest deutsche Vermögenswerte kassieren. Ferner wurden alle deutschen Markenzeichen beschlagnahmt, so daß jeder Klempner seinen hergestellten Blechlöffel mit der Solinger Marke *Henkels Zwillingswerk versehen durfte.*

Doch die größte und wertvollste Beute war der geistige Diebstahl. Ein amerikanischer Journalist namens Lester Walker schrieb in der Ausgabe vom Oktober 1946 in *Harpers Magazin einen langen* Artikel unter dem Titel *Secrets by the Thousands über Arbeit und Aufgabe eines umfangreichen* Spezialkommandos auf der Suche nach deutschen Patenten und Fabrikationsgeheimnissen. Sie wurden fündig. 150.000 Tonnen Aktenmaterial wurden zur Auswertung in die USA gebracht. Es mußte eigens ein neues Wörterbuch zur Klärung von 40.000 Fachausdrücken angelegt werden. Allein 50.000 Tonnen betrafen das Flugwesen, Raketen mit allen heute bekannten Arten von Fernsteuerungen, Raketen, die nur 42 Minuten brauchten, um New York zu erreichen. Aber der größte Teil der Akten hatte mit der Rüstung und dem Krieg nichts zu tun. Ein maßgeblicher Politiker aus Washington nannte es die *größte und bequemste Quelle dieser Art von Material in der Welt, die erste ordentliche Ausnutzung der Geisteskräfte eines ganzen Volkes.*

Sie entdeckten einfärbbare Kunstfasern mit Wolleigenschaften, künstlichen Glimmer, hochleistungsfähige Buttermaschinen und Brotbäckereien, künstliches Blutplasma, und Plattenspieler, die zehn Platten automatisch wechseln konnten. Die mit großer Bewunderung entdeckten Infrarot-Nachtsichtgeräte haben sie sofort gegen die Japaner eingesetzt, ebenso wie das Verfahren, durch Unterkühlung Todgeweihte wieder zum Leben zu erwecken. Sie entdeckten „papierähnliche" Rollen im Werte von 50 cts, auf denen man das Radioprogramm eines ganzen Tages speichern konnte. Bei den IG Farben fanden sie 50.000 Rezepte für Farben, die sie selbst bis heute nicht herstellen konnten. Eine andere Neuheit war Hefe, die man in unbegrenzten Mengen produzieren konnte, die höhere Temperaturen aushielt und mehr Proteine und Kalorien enthielt als Rindfleisch. Es gab revolutionierende Maschinen zur Herstellung von Nadeln oder zur Herstellung von laufmaschenfreien Damenstrümpfen. In der ganzen Welt gab es keine vergleichbare Methode wie die deutsche zur Massenherstellung von Käse. Man entdeckte die kleinsten und unzerstörbaren Kondensatoren, ebenso wie die Pasteurisierung von Milch durch ultraviolette Strahlen, die man in den USA bisher vergeblich versucht hatte.

Ein Textilfabrikant bot 20 Millionen Dollar, wenn er allein über ein deutsches Patent verfügen dürfte. Er brauchte nur 50 cts für die Kopien zu zahlen, auch jeder andere konnte das Patent haben. Der unersättlichste „Einkäufer" war die „Amtrog", die russische Gesellschaft für Außenhandel. Sie wollte restlos alles haben.

Die allein von den Amerikanern erbeuteten 150.000 Tonnen Aktenmaterial beinhalteten die Grundlagen der gesamten heutigen Hochtechnologie. Sie wurden in Deutschland, vor allen Dingen während des Krieges entwickelt, was umso erstaunlicher ist, als doch – angeblich – alle bedeutenden Wissenschaftler in die USA ausgewandert sind. Und noch erstaunlicher: Die Wissenschaftler und Techniker arbeiteten für das „verbrecherische" Deutschland, nicht für Geld, nicht für fürstliche Honorare, sondern eben nur für Deutschland.

Nach eigener Einschätzung hat diese Enteignung privater Personen und Betriebe, die völkerrechtswidrige Beute der amerikanischen Wirtschaft 10 bis 50 Jahre Entwicklungsarbeit gespart. Wer weiß, was ein Jahr an Forschungen und Entwicklungen kostet, kann sich ausrechnen, daß diese Beute einen Wert von mehreren hundert Milliarden ausmacht. Zählt man die anderen Kriegsgewinne hinzu, den Kunstraub, die Demontagen, die vielen kleinen Plünderungen, die Enteignung des deutschen Volksvermögens im Ausland und der Markenzeichen, so kommt man auf unermeßliche Milliardenwerte – Billionenwerte.

Dafür kam dann vor 50 Jahren der Marshallplan. Nicht, daß die Amerikaner plötzlich ihre Liebe zu dem verbrecherischen deutschen Volk entdeckt oder gar Mitleid mit ihm gehabt hätten, nein, es waren die Sowjets, die mehr und mehr ihr wahres Gesicht erkennen ließen. Schließlich hatte sich Stalin 1939 bereit gestellt, um in dem Augenblick, da sich die westlichen Länder gegenseitig ausgelaugt hätten, mit seiner gewaltigen Armada ganz Europa zu kassieren. Dank des deutschen Widerstandes hat er dann weniger als die Hälfte bekommen. Das paßte nicht zu seinem Ziel der bolschewistischen Weltrevolution. Es dämmerte bereits ein dritter Weltkrieg herauf. Da brauchte man die Deutschen!

Außerdem – das hat schon das Versailler Diktat zur Folge gehabt – würde man mit einem deutschen „Kartoffelacker" ganz Europa verproletarisieren und damit dem Kommunismus anheim zu fallen drohen. Was für lukrative Geschäfte könnte ferner die Kapitalmacht mit einem brachliegenden Europa tätigen! Also gab man diesem Europa einen Kredit nach einem Plan von George Marshall. Man hatte 15 Milliarden Dollar insgesamt bewilligt, doch nachdem Stalin für sich und seine Vasallen jeden Kredit abgelehnt hatte, reduzierte sich die Summe auf 13 Milliarden.

Davon erhielten Frankreich und England zusammen etwa die Hälfte, Deutschland erhielt etwas mehr als Holland, nämlich 1,4 Milliarden Dollar. Das war ein winziger Bruchteil dessen, was allein die USA in Deutschland völkerrechtswidrig geplündert, gestohlen, demontiert und enteignet hatte. Aber diese 1,4 Milliarden waren nicht etwa ein Geschenk, sondern waren nur geliehen und mußten verzinst werden – während kein anderes Empfängerland die Hilfsgelder zurückzahlen mußte.

Man tut so, als wäre das die Initialzündung zum deutschen Wirtschaftswunder gewesen, weil man sich von der unsinnigen Parole, Kapital schaffe Arbeit, nicht freimachen kann. Dabei hätte man aus der ganz jungen deutschen Praxis die Erkenntnis ziehen müssen, daß Arbeit Kapital schafft. Der lädierten und geschundenen Kriegsgeneration blieb gar nichts anderes übrig als aufzuräumen, aufzubauen, zu arbeiten und zu schuften. Wenn die Besatzungsmächte es nicht verhindert hätten, würden die Deutschen nach Aussagen des späteren Wirtschaftsministers Ludwig Erhardt, im ersten Nachkriegsjahr ein Vermögen von 40 Milliarden erarbeitet haben.

Nach drei Jahren wollten die Deutschen die Leihgabe des Herrn Marshall wieder zurückzahlen. Sie durften es nicht. Das Kapital lebt von Zinsen; also blieb es als ERP-Mittel im Land, wurde verzinst und an Unternehmen verliehen.

Nach 50 Jahren machen die deutschen Politiker und Medien eine breit angelegte Gedenkfeier, um den Deutschen zu zeigen, was unsere Feinde von damals doch für Freunde waren, und sie bedanken sich abermals, wie schon so oft, für diese „großzügige Gabe."

Den Verteidigern des christlichen Abendlandes sei gesagt, daß das Christentum nicht untergegangen ist; nein, man schlägt es uns um die Ohren: Liebet eure Feinde, tuet wohl denen, die euch hassen, und schlägt man euch auf die linke Backe, so haltet auch noch die rechte hin.

Hans Werner Woltersdorf

> ***„Am tyrannischsten ist jene Herrschaft, welche aus Meinungen Verbrechen macht, denn jedermann hat das unverbrüchliche Recht auf Gedankenfreiheit."***
>
> **Baruch de Spinoza, 1670**

Leistungsloses Einkommen

„DBG: Kurswechsel! / Mehr Arbeitsplätze – Gegen Sozialabbau", Hamburger Abendblatt, 2. Mai

Zum 1. Mai ist den führenden Gewerkschaftern nichts Besseres eingefallen, als eine Umverteilung der Arbeit zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit zu fordern: Wer Arbeit hat, soll weniger arbeiten (und weniger verdienen), damit einige Arbeitslose wieder Arbeit finden (und auch etwas verdienen). Eigenartigerweise ist ihnen nicht eingefallen, daß täglich mehr als 1.000.000.000 Mark in Form von Zinsen von denen, die arbeiten, an jene umgeleitet werden, welche ihr Geld für sich „arbeiten" lassen. Anders betrachtet:

In diesem Jahr wird etwa ein Fünftel der Bundesbürger von vier Fünfteln ein leistungsloses Einkommen von mehr als 370.000.000.000 Mark beziehen. Tendenz: schnell steigend. Dieses Geld – und nichts anderes – sollten die Gewerkschafter für die Arbeitenden zurückfordern.

Prof. Dr. Eckhard Grimmel, Universität Hamburg